

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Vorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

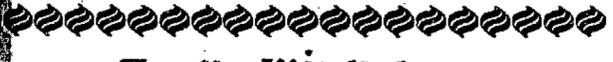
Nummer 10.

Berlin, den 6. März 1910.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

An die Mitglieder! — Die Wahrheit scheint beinahe zergerissen. — Tarifverträge und Schiedsgerichtswesen. — Uelsh Bucharb. — Rundschau: Ueber den Arbeitsmarkt im Saar. Kontraktbruch bei der Firma Krupp A.G. Zur Tarif-, Lohn- und Wohlthätigkeitsbewegung im Freiburger Brauereigewerbe. Mehr Bewegung für das solide Baugewerbe. — Eine vertrackte Schwindel-Affäre. — Wirtschaftliche Bewegung. — Die sozialdemokratischen Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter. — Monatsaufklärung auf Rückzahlung von Zwangsbeiträgen. — Jahresbericht des Bezirks Köln. — Jahresbericht des Bezirks Saarbrücken. — Verbandsnachrichten: Dortmund. — in Alsbach. Kurisch. Bocholt. Bonn. Borken. Contwig. Köln. — in Alsbach. Freiburg i. Br. Gohle. Greven. Hettlingen. Jöhren. Jöhrenbeck. Kempen-Groß. Varenberg-Schildberg. Kruschwitz. — Bericht i. B. Beutelschhausen. Weppen. München. Nürnberg. Ober- en. Schlez. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Rechtliches. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntheits- kungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.



An die Mitglieder!

Die Lage im Baugewerbe hat sich so zuspitzt, daß die Aussichten auf eine friedliche Bedingung der bestehenden Differenzen auf ein Minimum gesunken sind.

Der Riesenkampf ist damit in greifbare Nähe. In einigen Wochen muß die Entscheidung fallen.

Der Vorstand und der Ausschuß haben sich mit dieser Tatsache befaßt und beschlossen:

Der wöchentliche Beitrag ist in allen Klassen für sämtliche Mitglieder um 10 Pfg. zu erhöhen.

Außerdem empfiehlt der Vorstand und Ausschuß aufs dringendste, besondere freiwillige Extrabeiträge zu erheben und der Zentralkasse zuzuwenden.

Der Vorstand und der Ausschuß sind eingehender Beratung zu diesem Beschluß gelangt. Die Stärkung der Hauptkasse muß im Hinblick auf die gegenwärtige Situation die erste Pflicht sein. Es wird daher an die Herzfreudigkeit der Mitglieder appelliert und erwartet, daß der gefasste Beschluß auf der nächsten Linie einheitlich durchgeführt wird.

Der Vorstand: J. A.: Jos. Wiedberg.

Der Ausschuß: J. A.: August Schönefäs.



„Die Wahrheit scheint beinahe fortgerissen.“

Wenn die Unternehmer-Presse die Stimmung in den Kreisen richtig wiedergibt, dann muß ein Krieg im Baugewerbe unvermeidlich sein. Eine wahre Hurra- Stimmung scheint daraufhin ein Teil der Unternehmer zu haben. Wie weit führende Kreise daran beteiligt sind, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Sie kämpfen mit den Arbeitern — kämpfen die nächsten auf das Streikobjekt. Lange genug habe Baugewerbe die Taktik des Nachgebens gewiß. Man zu stark, um sich schwach zu zeigen. So charakterisiert „Baugewerks-Zeitung“ in ihrer Nr. 17 die Stimmung innerhalb der von ihr mit dem Namen „Kriegs- bei“ betitelten Scharmacher. Sie muß die Frage sein: „Wie wird sich die Generalversammlung gegen den Fanfarenlärm verhalten.“ Denn: „Die Wahrheit scheint beinahe fortgerissen.“ Das ist ein außerordentlich wichtiges Eingeständnis. Kennzeichnet die Siedehitze im Unternehmerlager.

Nichts kann aber auch besser die Tätigkeit des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe charakterisieren. Worauf hat er seine ganze Kraft in den Jahren seiner Tätigkeit konzentriert? Er hat seinen Mitgliedern ein Bild vorgegaukelt, das sich nie erfüllen wird, nicht erfüllen kann. Durch Ablauf der Tarifverträge an einem einzigen Tag, Streikklause, Materialsperrre, Kartellierung mit anderen Unternehmerorganisationen usw. glaubte er den Arbeitern seine Bedingungen diktieren zu können. Macht, Macht und noch einmal Macht, das war das Ziel. Das ist an sich berechtigt, nur der Zweck, der mit der Macht erreicht werden soll, unterliegt einer verchiedenen Beurteilung. Und nun scheint manchem der Führer vor der erlangten Macht zu bangen! — Die Geister, die ich rief, die werden nun nicht los.

Wer auch der bange Unterton der „Baugewerks-Zeitung“, ob die Vermunft Sieger bleiben wird, scheint nicht echt zu sein. Denn ein ehrenvoller Friede kann nach ihrer Meinung nur „auf der bisherigen Stellungnahme des Bundes aufgebaut“ sein. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ drückt das so aus, die Bundesführer sollen eine feste und die Arbeiterführer eine verlässliche Haltung einnehmen. Das besagt weiter nichts, als wenn die Anträge des Arbeitgeberverbandes nicht angenommen werden, dann gibt es keinen Frieden. Ob man in Bundeskreisen wirklich glaubt dazu liegen sich die Arbeiterorganisationen jemals herbei? Wir nehmen das nicht an, denn auch dort ist man hinreichend orientiert, um zu wissen, worauf sich die Arbeiter einlassen und nicht. Und wo noch irgendwelche Zweifel bestanden, haben sie doch wahrlich genug getan, um diese zu beseitigen. Bezeichnenderweise aber erklärt der Arbeitgeberverband die Anträge, die von den Arbeitern unter allen Umständen abgelehnt werden müssen, als die, worauf sie nicht verzichten wollen; einseitige Arbeitsnachweise, die tarifähnliche Lohnklausel, das Agitationsverbot usw. Keine Arbeiterorganisation kann solche Bestimmungen, wie sie hier die Unternehmer verlangen, anerkennen. Das findet selbst die breite Öffentlichkeit. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ und die „Frankfurter Zeitung“ haben dem in den letzten Tagen in berechteter Weise Ausdruck gegeben.

Als Entschädigung für die Stürmer im Arbeitgeberlager wird die „absichtliche Verschleppung“ der Verhandlungen durch die Arbeiter angegeben. Nach Lage der Dinge, von den Arbeitern zu verlangen, daß sie Forderungen stellen, ist eine Annäherung sondergleichen. Solange keine Einigung über das Tarifmuster gefunden, können örtliche Verhandlungen über Lohnhöhe usw. gar keinen Zweck haben. Als weitere Entschuldigung wird hervorgehoben, die Arbeiter hätten wiederholt geäußert, keine Verträge mehr abzuschließen zu wollen. Zur „Beträchtigung“ werden die — Anarchosozialisten ins Feld geführt. Aber damit ist doch kein Eindruck zu erzielen. Die Zentralverbände sind in dieser Frage entscheidend und diese stehen bis heute auf dem Boden der Tarifverträge. Allerdings Verträge, die nur Verpflichtungen auferlegen, ohne Rechte zu enthalten, auf diese muß die Arbeiterschaft verzichten. Selbst mit offensichtlichen Unwahrheiten wird im Unternehmerlager operiert. So wird der „Sächsischen Zeitung“ aus Arbeiterkreisen des Baugewerbes geschrieben, die Arbeiter verlangten 8 bis 10 Pfg. Lohnhöhung für die Stunde. Das beweist deutlich, wie groß die Verlegenheit im Unternehmerlager ist zur Rechtfertigung ihres Vorgehens. Sie möchten die Arbeiter ins Unrecht setzen, um unter diesem Eindruck ihre unerhörten Pläne durchsetzen zu können.

Wir täuschen uns nicht: Wie die Unternehmer in früherer Zeit mit dem einzelnen Arbeiter umsprangen, was ihnen durch die Arbeiterorganisationen unmöglich gemacht wurde, das soll auf anderem Wege wieder eingeführt werden. Alle mögen das nicht wollen, weil sie die Unmöglichkeit einsehen, die „Stürmer“, d. h. die Scharmacher, gehen unverrückt auf ihr Ziel los. Und sie finden die Unterstützung der Industriekönige, die ebenfalls ein starkes Interesse an der Erhaltung des jetzt noch in ihren Betrieben üblichen Systems haben. Auch dies gerät täglich mehr ins Wanken, jeder Fortschritt auf tariflichem Gebiet in anderen Gewerben rüttelt daran. Wohl fürchten sie einen Kampf im Baugewerbe, der Riesendimensionen annehmen muß, wegen der Folgen für das allgemeine Wirtschaftsleben Deutschlands. Um aber ihre „Herz-im-Haule-Stellung“ aufrechtzuerhalten, den tariflichen Fortschritt, sowie eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu hintertreiben, der auf ihre Betriebe rückwirken könnte, setzen sie den Preis eines Kampfes ins Spiel. Deshalb ersuchte der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an seinen Forderungen festzuhalten, und wenn notwendig, den Kampf mit der Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit aufzunehmen. Er stellt ihm neben einer Unterstützung von 500 000 Mark, die Zurückstellung der Bauteile, der Nichteinstellung von Ausgeperrten in

Aussicht. Das sind die Unternehmer, die immer über die sozialpolitische Belastung klagen. Den Baugewerkschaften schwillt angefechtigt dieser Besprechung der Stamm noch mehr, sie fühlen sich „zu stark, um schwach zu sein“. Der Blick für die nüchternen Wirklichkeit muß darunter leiden, die Gefahr eines Kampfes rückt damit näher.

Wir können dieser Entwicklung mit voller Seelenruhe entgegensehen. Nüchtern werden wir die Dinge an uns herantommen lassen und ebenso nüchtern einen nicht zu umgehenden Kampf aufnehmen. Die Stürmer im Unternehmerlager aber werden erfahren, daß für die Verwirklichung ihrer Absichten heute kein Raum mehr ist, und daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen müssen. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Stärkt den Kriegsfonds und sammelt die der Organisation noch Abseitsstehenden.

Carifverträge und Schiedsgerichtswesen.

Gibt es, streng genommen, beim Herrschen eines von Organisation zu Organisation abgeschlossenen Korporativvertrages noch individuell, d. h. bloß die Einzelnen angehende Tarifbrüche? Wir verneinen diese Frage, denn sobald eine Korporativnorm von den vereinigten Parteien als in ihrem gemeinsamen Interesse liegend anerkannt wurde, bedeutet jede Verletzung dieser Norm eine Schädigung der Gesamtinteressen, die in der Tarifgemeinschaft zum Ausdruck kommen. Nicht trotz offizieller Tarifanerkennung ein Arbeitgeber oder Arbeiter im individuellen Arbeitsvertrag den Tarif, so ist das Abkommen durchlässig, von dessen möglichst allgemeiner Durchführung die Sanierung des Gewerbes, die Ruhe der Parteien und die gemeinnützige Regelung des gegenseitigen Verhältnisses abhängt. Also ist nicht bloß der Beschädigte klageberechtigt, sondern die Gesamtheit derer, die den Vertrag als bindendes Rechtsverhältnis, als Privatvertrag wollten. Gegen den tarifbrüchigen Arbeitgeber müßten also die koalitierten Arbeiter und die vereinigten Arbeitgeber klagen, die durch ihre Organisation Tarifkontrahenten wurden. Ebenso müßten sich am vertragsverletzenden Arbeiter außer den dadurch benachteiligten Arbeitgeber, die am Tarif beteiligten Mitarbeiter schadlos halten. Jeder Tarifbruch ist korporativschädlich, das G.-G. ist aber nur für Individualfragen des Individualarbeitsvertrages zuständig (worunter sich natürlich der Kolonnenarbeitsvertrag und ähnliches als erweiterter Individualarbeitsvertrag einreicht). Dazu kommt noch, daß viele Tarifbrüche auch gar keine Verletzungen des individuellen Arbeitsvertrages sind, weil es gar nicht zum Abschluß eines solchen auf tariflicher Grundlage kam. Oft schließen tarifgebundene Arbeitgeber einfach Arbeitsverträge ab, die von Anfang an und bewußt gegen die Korporativnorm verstößen, z. B. mit unorganisierten Leuten. Auch das Gegenteil kommt vor, tarifuntreue Arbeiter arbeiten heimlich bei Unternehmern, die dem Vertrag nicht unterstellt sind, und zwar nicht zu tariflichen, sondern anderen, ungünstigeren Bedingungen. Diese Fälle sind unstrittig Tarifbrüche und zwar gemeinschädliche, an deren Fernhaltung und deren Bestrafung beide Parteien interessiert sind. Dem G.-G. aber gehen solche Dinge seinem ganzen Wesen und Geiste nach absolut nichts an. Auch andere, jagen wir mal geistige Tarifbrüche, jallen keineswegs in seine Machtphäre. Nämlich z. B. eine tarifgebundene Organisation ihre Mitglieder vom Vertragsignozieren, wie dies seitens einer Unternehmervereinigung leicht vorzukommen könnte, oder verführt eine radikale Verbandsleitung die Ihrigen zur Obstruktion, um höhere als die vertraglichen Löhne zu erzielen, so sind dies zweifelsohne mit die schwersten Vertragsverletzungen, und doch hat das G.-G. rein nichts mit ihnen zu schaffen.

Daraus nun kann man zweierlei Schlüsse ziehen. Entweder wünscht man eine Reform der G.-G., die sie mehr ordentlichen Gerichten ähnlich und in korporativsachen zuständig machen, oder man sucht nach Organen, die das erledigen, was den G.-G. nicht zusteht, und diese in ihrer bisherigen Form bestehen lassen.

Daß die G.-G. auf jeden Fall manche Verbesserung vertragen könnten, so die Schaffung einer Berufungsinstanz, die Ausstattung dieser mit allen Befugnissen und Machtvollkommenheiten eines ordentlichen Gerichts, dazu natürlich Wahlrechtsreformen usw., all das versteht sich. Sie aber zu den eigentlichen Instanzen der tariflichen Rechtspflege erheben, hieße sie ihres bisherigen Charakters völlig entkleiden. Es wäre rechtlich nicht allzu schwer, das Einigungsamt des G.-G. seines heutigen, ganz unverbindlichen Charakters zu entledigen. Schon nach bestehendem Recht könnten die Parteien ihre Vollmachtteilung zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt so gestalten, daß sie den § 81 der Z.-P.-O. (Zivilprozeßordnung) und § 164 des BGB. genügt. Mit dem Auftrag, ein rechtswirksames Privatgeschäft einzugehen, kämen die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter dann vor dem Einigungsamt zusammen und würden das Re-

sultat ihrer Verhandlungen mit allen Formalitäten des Privatvertrages niederlegen. Zwar stünde das heutige Gewerkschaftsrecht, vor allem Fehlen der juristischen Persönlichkeit, diesem Verfahren störend, nach Meinung bedeutender Juristen, so auch P. Wölbung, aber nicht hemmend im Wege. Ein gewiegter juristischer Beirat könnte den Organisationen also darüber hinweghelfen. So würde ein rechtswirksamer Vertrag vor dem Einigungsamt des G.-G. kontrahiert und unstreitig könnten daraus erwachsende Tarifurteile dann vor derselben Instanz wieder behandelt werden. Im Falle der Nichtunterwerfung unter das Urteil des so amtierenden Einigungsamtes, stünde den Parteien dann wieder der ordentliche Rechtsweg offen. Mit dies ginge unserer, übrigens lange nicht allgemein in der Gerichtspraxis und theoretischen Jurisprudenz herrschenden Meinung nach. Aber setzen wir auch voraus, es wäre unbefristete Tatsache der heutigen Rechtslage, was spräche dann dafür, gerade das Einigungsamt des G.-G., das in diesen Dingen über nicht mehr Machtmittel verfügt, als jedes andere private Einigungsamt, für die Tarifrechtspflege zu engagieren? Erst wenn eine künftige Gesetzgebung unter Ignorierung der privaten Tarifschiedsgerichte und Tarifämter, allein dem Einigungsamt des G.-G. weitgehende Rechtsbefugnisse erteilt, z. B. in diesem Spezialfalle die Machtvollkommenheit ordentlicher Gerichte, erst dann hätte die einigungsamtliche Tarifrechtspflege für uns vor jeder anderen Vorzüge. Aber heute, wo eine derartige Privilegierung fehlt und auch künftig, sogar wenn sie kommen wird, wird im Prinzip feststehen, daß weit sachkundiger und den Parteien vertrauenerweckender ein tarifliches Schiedsgericht und Tarifamt als Exekutoren der Tarifgemeinschaft neben einem tarifbildenden Tarifauswahlschlichter arbeiten werden, denn sie wachsen organisch aus den Parteien heraus und sind damit so recht Organe des Privatrechts. Anders allerdings liegt die Sache, wenn man den Tarifvertrag zum wesentlich rechtlichen Abkommen machen will. Dann werden staatliche Behörden, dazu ausgebildete Einigungsämter der G.-G., oder die neuen Arbeitskammern, oder ganz besonders Instanzen, nicht aber frei aus dem Parteiwillen heraus gebildete privatrechtliche Körperschaften, entscheiden müssen. Wir sind aus Gründen, die nicht hierher gehören, Gegner dieser Zwangsstarie und bleiben fest auf dem Boden des Privatvertrags stehen. Damit fällt also für uns alles weg, was für eine besondere Inanspruchnahme der Einigungsämter zur tariflichen Rechtspflege redet.

Über den Einigungsämtern sei kein Atom ihres Herrschafts- und Arbeitsfeldes entzogen. Sie sind eingesetzt, um da, wo es die Parteien oder eine derselben wünscht, den Frieden im Arbeitsverhältnis durch Verhandlung und Vereinbarung wieder herzustellen. Schlichtungsinstanzen im besten Sinne des Wortes, also sind sie und sollen sie bleiben. Ihre hohe Bedeutung liegt nicht in ihrer Mitwirkung bei der Bildung gewerblichen Rechts, sondern in ihrer quasi behördlichen und unparteiischen Stellung. Sobald Tarifverträge eine höhere Entwicklung erreicht haben, ersetzen sie das Einigungsamt, das ihnen anfänglich so manche unüberbrückbare Streitigkeit beilegen half, durch eigene Körperschaften. Die Sache liegt ebenso im Schwächegefühl, unter dem Druck unüberwindlichen gegenseitigen Mißtrauens, im ersten, unbewußten Tausch nach gewerblichen Frieden in irgendeiner Form greifen die Parteien nach der Hand des Einigungsamtes. Dieses führt die Hilflosen, Fremden, Unklaren zusammen und arrangiert die erste Vereinbarung. Kann sich die Kontrahenten derselben bewußt, daß sie ein Rechtsgeschäft eingehen, dazu fehlt ihnen das eigene Machtbewußtsein, das gegenseitige Vertrauen und das Verständnis für das privatrechtliche Wesen korporativer Abmachungen. Aber die beste Lehrmeisterin ist hier die Tarifpraxis. Sie lehrt Arbeitgeber- und Arbeiterorganisation sich als gleichberechtigte Kontrahenten als rechtsfähige Partner und als Vereinigungen zu schätzen, die in den geschäftlich üblichen Formen, aber mit neuen Mitteln am Gewerkewohl arbeiten. Die als Vereinbarung empfundene Abmachung wird ihnen als Privatvertragsvertrag bewußt. In diesem Reifezustand genügt das G.-G. und dessen Einigungsamt nicht mehr, weil das eine nur auf Individualfälle, das andere nur auf unverbindliche Vereinbarungen eingerichtet ist. Die Emanzipation setzt ein, beginnend mit der Einrichtung eigener Schiedsgerichte. So ist der typische, nicht der allgemeine Entwicklungsgang, oft nämlich stellen sich die Kontrahenten von Anfang an auf den Boden des Privatrechts, öfter noch leisten sie eine fast triebartige Selbständigkeit, sich sofort eigene Tariforgane zu konstruieren. Jedenfalls aber geht aus dem Gesagten hervor, daß der Einigungsämter hohe Mission diejenige des ersten Friedensstifters sein und bleiben soll. In Angelegenheiten, die nicht vom Tarif erfaßt sind, viellecht auch bei Tarifrevisionen, die auf besonderen Parteiwiderstand stoßen, können sie immer wieder vermittelnd in Funktion treten, dieser ihr Charakter würde aber u. E. nur leiden, wollte man sie außerdem zu den ordnungsmäßigem Bildnern von tariflichen Privatverträgen und Gerichten zur Aburteilung von Konflikten machen, die aus solchen Privatverträgen erwachsen. (Schluß folgt.)

Wilhelm Buchartz †.

Ein alter Vorkämpfer unserer Bewegung, der unsere Verbandskollegen unvergänglich bleiben wird, Wilhelm Buchartz, er ist nicht mehr. Am 24. Februar wurde er in ein besseres Jenseits abgerufen. Bei Gründung unserer Organisation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet standen wir ihn mit an der Spitze. Manche schwere Agitationstour hat er zur Winterszeit im Paderbornischen und Höxter'schen unternommen, und keine Mühe gescheut, sondern im wahren Sinne Pionierarbeit für unsere Bewegung geleistet. Noch im Januar dieses Jahres war der Einigungsamtsgläubiger im Unter-Rheinland; am 13. Januar in der Mitgliederversammlung feierte er die Kollegen an, in dieser ersten Zeit mehr denn je zusammengehalten, damit das Ertrugene uns nicht verloren gehe. Nun hat der Tod ihn dahingerafft. Wir gedenken des Geschiedenen mit Wehmut und Schmerz. Dank ihm für seine rastlose Tätigkeit für unsere Bewegung. Unser Gedächtnis an seinen

Strift lautet: So wie Wilhelm Buchartz für die Christlichen Gewerkschaften gekämpft, wollen auch wir kämpfen. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren. Er ruhe in Frieden!

Der Verbandsvorstand, die Bezirksleitung und die Verwaltungsstelle Dortmund.

Rundschau.

Ueber den Arbeitsmarkt im Januar schreibt das „Reichs-Praktikant“: „Der Geschäftsgang brachte im Monat Januar für einige Großindustrien eine kaum nennenswerte Abweichung gegen den Vormonat. Auf dem Ruhrkohlenmarkt machte sich in der zweiten Hälfte des Monats Januar eine verminderte Abnahme von Seiten der Industrie und Privater sichtbar. Auch im Saarrevier und in Schlesien waren die Werke weniger gut beschäftigt. Die Braunkohlenindustrie war gleichfalls wenig zufrieden. Schuld an der geringen Abnahme waren der milde Winter und das Aufhören der Zuckerrübenkampagne. In der Metallindustrie hielt sich die Beschäftigung etwa auf der gleichen Höhe wie im Vormonat. Ausreichend waren die Eisengießereien beschäftigt. Im Maschinenbau hatten die Werke in Norddeutschland sehr gut zu tun, dagegen blieben die in Mitteldeutschland. Noch immer schwandend war der Geschäftsgang in der Textilindustrie. Die Baumwollspinnereien wie die Webereien wurden durch die erheblichen Kursschwankungen der Baumwolle sehr ungünstig beeinflusst. Die Tuchfabriken und einige Zweige der Seidenindustrie waren gut mit Aufträgen versehen. Im Baugewerbe hat sich die Lage im Vergleiche zum Vormonat wenig geändert. In der Bekleidungsindustrie war infolge der Aufträge für den Frühling die Beschäftigung eine sehr rege. Wie üblich bricht sich die Zigarrenfabrikation nach dem Weihnachtsmonat eine ruhigere Zeit an. Auch die Brauereien hatten weniger zu tun. Die Gummiwarenfabriken sind flott beschäftigt. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Unternehmen ergab sich am 1. Februar gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abgesehen von erwerbsunfähigen Kranken um 5915, und zwar eine Abnahme von 11 606 männlichen und eine Zunahme von 5691 weiblichen, währnd am 1. Januar 1910 die Abnahme gegen den Vormonat 122 050 (— 98 893 männliche, — 25 157 weibliche) betrug, gegenüber dem 1. Februar 1909 war die Abnahme bei den männlichen Versicherten diesmal wesentlich geringer; sie betrug damals 23 753 Personen. Der Februar 1910 wies gegen den Januar 1910 eine Zunahme der weiblichen Pflichtmitglieder auf; im Vorjahre zeigte sich vom Februar 1909 zum Januar 1909 eine Abnahme derselben. Für beide Geschlechter also war die Lage im Jahre 1910 günstiger. Die Berichte der Arbeitsnachweise geben im großen und ganzen dasselbe Bild, wie die vorstehenden Angaben. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen im Januar 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen bzw. weiblichen Personen 254 bzw. 98 Arbeitsgesuche gegen 318 bzw. 96 im Januar 1909 und 269 bzw. 107 im Vormonat. Auf dem Berliner Arbeitsmarkt zeigte sich gegen den Vormonat eine wesentliche Erhöhung des Angebots der Arbeitsuchenden; gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres war eine Besserung wahrzunehmen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf unterscheidet sich der Arbeitsmarkt im Januar nicht sehr von dem des Dezember. Das Baugewerbe war noch gut beschäftigt. In Dessau, Heßen-Rauha und Waldeck scheint eine Besserung des Arbeitsmarktes Platz zu greifen. Der gute Beschäftigungsgrad in der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie hielt weiter an. Mit Ausschluß der Holzindustrie war in den übrigen Gewerben eine Aufwärtsbewegung zu spüren. In Württemberg hat sich die Beschäftigung gegenüber dem Dezember 1909 im allgemeinen etwas gebessert. Auch in Waben war der Beschäftigungsgrad gut. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Januar 1910 um 7 873 168 M höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehreinnahme von 113 M oder 4,84 v. H. auf 1 Kilometer.“

Kontraktbruch bei der Firma Krupp A.-G. (Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen) Am 1. Februar schickten 70 Kokerarbeiter der Friedrich-Alfredhütte eine Kommission von vier Mann zum Betriebsführer Körber, um über einen erfolgten Lohnabzug zu verhandeln. Der Betriebsführer hörte die Arbeiter, welche fast alle unorganisiert waren, nicht an, sondern gab ihnen zu verstehen, daß sie sofort entlassen würden, wenn sie innerhalb einer Viertelstunde die Arbeit zu dem geringeren Lohne nicht fortsetzten. Nach Ablauf dieser Frist entließ Herr Körber die 70 Arbeiter mit den Worten: „Macht, daß Ihr herauskommt, ichert Euch zum Teufel, Eure Papiere liegen bereit.“ Am nicht durch die Feuerwehr herausgebracht zu werden und dafür noch 6 M zahlen zu müssen, wie es bei Krupp üblich ist, bei Nichtbefolgung der Befehle, verließen die Kokerarbeiter den Betrieb. Wegen angeblichen Kontraktbruchs bestrafte die Firma diese Arbeiter mit Abzug von 6 Schichten Lohn. Der christliche Metallarbeiterverband nahm sich der entlassenen Arbeiter an. Am Gewerbegericht in Friederichshaus in Klage eingereicht worden gegen die Firma auf Herauszahlung des einbehaltenen Lohnbetrages. Das Gericht verurteilte in seiner Sitzung vom 18. Februar die Firma Krupp, die sechs Schichten Lohn an den Kläger herauszugeben, weil die 70 entlassenen Arbeiter keinen Kontraktbruch verübt hätten. In der Arbeitsordnung der Firma Krupp, § 19, heißt es, daß die Arbeiter den Kontrakt gebrochen hätten, welche mehr als zwei Schichten ohne genügende Entschuldigung bei der Arbeit fehlen. Die Gewerbegerichtsverhandlung ergab, daß der Betriebsführer Körber unter Ausbrechtlaffung der Arbeitsordnung die Arbeiter bestrafen ließ. Durch die Hilfe des christlichen Metallarbeiterverbandes ist den Kokerarbeitern ihr Recht am Gewerbegericht erstritten worden.

Zur Tarif-, Streit- und Boykottbewegung im Freiburger Brauereigewerbe. Man schreibt uns: Gegenwärtig tobt in Freiburg ein Kampf, der von den Genossen inzentriert wurde, und der manche charakteristische Merkmale aufzuweisen hat. Am 31. Januar d. J. wurde zwischen den vereinigten Brauereien einerseits und dem Zentralverband christlicher Hilfs- und Transportarbeiter (Abteilung Brauereiarbeiter) und dem Bunde deutscher Brauereigenossen andererseits ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, der bedeutende Verbesserungen aufzuweisen hat. Großartig, wie die „Genossen“ nun einmal sind, erklärten diese bei Einleitung der Tarifbewegung, mit den Christlichen nichts zu tun haben zu wollen. Diese „Großmütigkeit“ der „Genossen“ veranlaßte den christlichen Verband, mit dem Brauereigenossenverein gemeinsam vorzugehen, sollten nicht die Arbeiterinteressen aufs schwerste gefährdet werden. Nach viermonatlichen schwierigen Verhandlungen wurde, wie oben bereits mitgeteilt, der Tarif von den beteiligten Organisationen (die „Genossen“ ausgenommen) unterzeichnet. — Da die rote Brauereiarbeiter-Organisation die Felle fortzuwimmern sah, wie jener betrübte Bohrer, so wurde nun in Zeitungsartikeln, in Flugblättern und Versammlungen ein wahres Indiangeschehen über den angeblichen „Berat der Christlichen“ angestimmt. Dabei vergißt man wohlweislich, der Öffentlichkeit den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Man vergißt beispielsweise mitzuteilen, daß man ein gemeinsames Dorgehen seitens der „Genossen“ rumbweg abgelehnt hat. Man

vergibt weiter zu sagen, daß man die Christlichen einfach wand brüden wollte. Daß sich diese ihrer Haut wehrten, ihnen kein Mensch verdenken, es war das ihr gutes Recht. Wenn die „Genossen“ die Unterzeichnung des von den Christlichen abgeschlossenen Tarifes verweigerten, so war das ihre Auf alle Fälle aber hatten sie kein Recht, eine maßlose Heße gegen den christlichen Verband zu inszenieren wie dies geschehen ist. Der Streik, der in der Böhmen ausgebrochen, und der Boykott, der über die vertraglich Brauereien verhängt wurde, berührt die christlich organisierten Arbeiter in keiner Weise und ist nur ein Ausfluß des blinden Hasses, der den „Genossen“ bereits in Fleisch und Blut gegangen ist.

„Mehr Förderung für das solide Baugewerbe.“ „Berliner Tageblatt“ wird von interessierter Seite geschätzt. Es hat sich in letzter Zeit vielfach gezeigt, daß das solide Baugewerbe nicht in der nötigen Weise gefördert wird, was bedauerlich ist. Leider gibt es sehr viele Leute, welche jedem Unternehmer, der nicht gerade über ein Kapital von 100 000 M anwärts verfügt, einen „Bauschwinder“ untermeisten Persönlichkeiten, welche auf dem Bauplatz Kreditanspruch nehmen wollen, Hintermänner von Terrängesellschaften, welche zu allen Schandthaten und schließlich dazu sind, ihre Lieferanten — um den terminus technicus zu gebrauchen — „anzufressen“. Gewiß, es vegetieren auf dem Berliner Markt viele Bauschwinder, und deren unheilvolles Wirken nicht scharf genug bekämpft werden. Aber in der Tat haben die Verhältnisse so zugespitzt, daß die christlich vorwärtsbedenken, wenn auch schwach kapitalisierten Unternehmungen den unrealen in einen Topf geworfen werden, und daß schließlich der Kredit abgeschnitten ist. Manche Großbank bisweilen nicht nach den Mitteln und, was ebenso bedenklich wäre, nach der persönlichen Achtung, dem Kauf, der betreffende Unternehmer genießt, auch nicht danach, fleißig ist und solide lebt, ihnen genügt vielmehr die prinzipielle Feststellung, daß es ein simpler „Unternehmer“ ohne adäquaten Rang und Würden ist, um jeden Kredit von Hanse aus zu leihen. Von einer Großbank wissen wir, daß sie den Antrag „Bauwechsell“ grundsätzlich ablehnt. Alles das hat zu allgemeiner Diskreditierung des Berliner Baugewerbes geführt in mancher Hinsicht störend wirkt. Der Wechselverkehr den Banken ist wesentlich erschwert worden; selbst die Kredit ist nicht selten an dem nötigen Entgegenkommen. Man wird es keinem Institut überlassen können, wenn es Wechselanforderungen, die ihr zu Bedenken Veranlassung werden, den Aussteller um Aufklärungen über die Entstehung des betreffenden Abschmittes ersucht. Sind die Aufklärungen ungenügend, so liegt kein Grund zu einer Abweisung des Wechsel vor. In keinem Zweige des wirtschaftlichen Lebens wird häufig generalisiert wie im Baugewerbe. Dadurch fällt es nicht auf dem Bauplatz Kredit suchen und endlich ihre Verhältnisse erfüllen wollen, tatsächlich oft schwerer, ihn zu halten, als den untergeordneten Elementen, die nur über nötige Maß von Dreißigkeit verfügen, ohne auf die Begleichung ihrer Schulden sonderlich erpicht zu sein. Verschiedene Terrängesellschaften haben lieber mit dieser Art von Leuten zu tun, denen sie diktieren können, wie viel die Quadratrate kostet, sie zu bestimmen haben, von welcher Ziegelei die Steinherkunft auf die bestehende Interessengemeinschaft und Verdienst daran zu beziehen sind, denen sie aufgeben bis zu der erste Hypothek abzuschließen und welche Provision zu zahlen ist (notabene, wenn es soweit kommt, und betreffenden Unternehmer nicht schon früher der Atem vergangen ist). Unter allen diesen Vorgängen hat der solide Unternehmer ebenfalls auf Kredit angewiesen ist, schwerer zu leben, ihm sollten gerade die Banken mehr Förderung als bisher gegeben lassen. Denn sie haben am letzten Ende auch ein heftiges Interesse daran, daß die Baulieferanten bezahlt werden. Der solide, kleine, wenn auch nicht übermäßig begabte Bauunternehmer bietet hierfür mehr Garantien als der auf solider Basis arbeitende, scheinbar bemittelte, aber nur dem Kredit seiner Geldgeber und Lieferanten arbeitende Meister. Der solide, kleinere Bauunternehmer braucht um mehr allgemeine Förderung, als er nicht nur von seinen Kreditgebern Erfahrungen erfährt, sondern auch durch die Förderung schwer belastet wird. Die neue Talonsteuer er zu tragen haben. Denn die Hypothekenbanken erklären jetzt, teils offen, teils verlegen, daß die Kreditnehmer die dieser empfindlichen Abgabe zahlen müssen, daß man Publikum eine Minderung der Dividenden und den Pfandbeständen Verluste nicht zumuten dürfe.

Eine verfrachte Schwindlerfrankfurter. Ueber die De Krankenunterstützungskasse (eingetragene freie Hilfskasse), ihren Sitz in Cassel, hat, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Regierungspräsident von Kassel hatte im Vorjahr eine Warnung erlassen, weil die Verwaltungskosten über zwei Drittel der Beitragsgebühren verschlangen. Kasse wurde 1907 begründet und zählte mehrere tausend Mitglieder in ganz Deutschland. Das gerichtliche Strafverfahren gegen den Vorstand ist eröffnet. Wieviel Arbeiter mögen wieder um ihr Geld betrogen sein? Wir können nur wiederholen, schließt euch keiner Kasse an, ohne vorher einem Arbeitersekretär oder Gewerkschaftsbeamten Auskunft geholt zu haben.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (E über das Geschäft des Unternehmers Wehe; derselbe w sich, den abgeschlossenen Vertrag inezuhalten), Ratingen (B. dorff (Mauer und Bauhilfsarbeiter), Köln, Rh. (Zimmerge Philipp Blum, Titusstr. 2), Steinhagen, gesperrt in Ziegelei F. W. Wolf, Halle i. W.; der Arbeitgeber Twelme trweigert sich, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, Hannover (Beder), Sperrt über die Firma Rüst und die Hannover Bedachungen-Gesellschaft. Bezug ist fernzuhalten.

Bezirk Köln.
Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk am 8. Oktober 1909 im Rathaus Barmen.
Beginn der Sitzung vormittags 11 Uhr.
Anwesend: der Vorsitzende städtischer Beigeordneter Dr. A. mann; die Arbeitgeber: G. Böcker, P. W. Schulte, G. B. bach, G. Gabel; die Arbeitnehmer: Joh. Otten, F. P. W. Wagenbach; Vertreter der Arbeitgeber-Organisation: G. Höfer; Vertreter der Arbeitnehmer-Organisation: W. G. (Solingen); Beisitzer: Fr. Langenberg (Solingen); Protokollführer: Oberstadtschreiber Benz.
Gegen den Wortlaut des Protokolls der vorigen Sitzung Einwendungen vor, die wie folgt erledigt wurden:
1. Die Hebergrift soll lauten: Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk.
2. Zwischen dem 2. und 3. Absatz auf Seite 60 des Protokolls Buches soll der dort am Rande bemerkte Absatz eingeschoben werden.
3. In der Protokollführung zu Punkt 3 muß es heißen: 1. Oktober statt 16. Dezember.
Mit diesen Änderungen wird das Protokoll der vor Sitzung genehmigt.

Punkt 1 der Tagesordnung: Klage der Bauhilfsarbeiter Schweinsheim und Dammberg zu Solingen durch den dortigen Zweigverein des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands gegen den Unternehmer Langenberg in Solingen unter der Behauptung, daß letzterer die Kläger durch Entlassung deshalb gemäßigelt habe, weil sie der Organisation angehörten.

Herr Engler spricht sich im Sinne der Klage aus. Herr Langenberg erklärte, daß er die Kläger wegen ungenügender Leistung (Faulheit) entlassen habe, keineswegs aber wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation. Daß die Kläger zur Organisation gehörten, habe er bei ihrer Einstellung in seinen Dienst gewußt. Einigungsamt kann in der Entlassung der Arbeiter Schweinsheim und Dammberg durch den Unternehmer Langenberg eine Maßregelung der Kläger wegen Zugehörigkeit zur Organisation nicht erblicken und weist deshalb die Klage ab. Für die Klageabweisung stimmten die sämtlichen Arbeitgeber-Mitglieder, außerdem das Arbeitnehmer-Mitglied Herr Preuß und der Vorsitzende.

Punkt 2 der Tagesordnung: Beschwerde des vorerwähnten Zweigvereins gegen den Unternehmer Langenberg zu Solingen, weil letzterer die ihm von der Stadt Solingen als Auftragsgeberin vertragsmäßig zur Beschäftigung zugewiesenen Arbeitslosen zu einem geringeren Lohnsatz, als tarifmäßig festgesetzt ist, ausbehalten hat.

Herr Engler bestätigte die Beschwerde und spricht sich dahin aus, daß Langenberg nach dem Tarifvertrage nicht berechtigt sei, einen geringeren als dem tarifmäßigen Lohn zu zahlen, soweit nicht die Ausnahmen des Tarifs in Betracht kämen. Um diese Ausnahmen handle es sich aber bei der Beschwerde nicht. Die Stadt habe Langenberg Arbeiter unter Beschäftigungszwang nicht zugewiesen.

Herr Langenberg erklärte, das letztere sei doch der Fall. Es habe sich um Arbeiter auf der Baustelle Volksschule Katernberger Straße gehandelt. Diese Arbeiter seien ihm von der Stadt Solingen übertragen worden unter einer Vertragsbestimmung, wonach er brauchbare Arbeitslose dabei zu beschäftigen habe. Es seien ihm öfter auf Grund dieser Vertragsbestimmungen Arbeitslose seitens der Stadt durch die Polizeiverwaltung zugewiesen worden. Diese ihm überwiesenen Arbeitslosen seien Fabrikarbeiter und sonstige in der Bauhilfsarbeit nicht erübte Personen gewesen, die zu einer vollen Gegenleistung im Sinne des Tarifvertrages wenigstens für die erste Zeit ihrer Beschäftigung nicht imstande gewesen seien. Soweit er sie längere Zeit beschäftigt habe und sie in der Bauhilfsarbeit geübt geworden seien, habe er die Löhne auch allmählich bis zum vollen Tariffuß erhöht. Der Tariffuß sei nur zu zahlen gegen eine entsprechende Gegenleistung. Wenn die Stadt Solingen selbst Arbeitslose beschäufte, so zahle sie solchen einen Tagelohn von 2,50 M. Nach seinen Ermahnungen mit der Stadt Solingen sei dieser Lohnsatz für die Beschäftigung der ihm überwiesenen Arbeitslosen zugrunde gelegt worden mit der Maßgabe, höhere Leistungen auch möglichst höher zu bezahlen.

Herr Wagenbach protestiert gegen die Zulassung des Herrn Widenbach zur Abstimmung, da dieser in der vorliegenden Angelegenheit in der Schlichtungskommission tätig gewesen sei.

Herr Widenbach gibt dies zu und wird sich daher an der Abstimmung des Einigungsamtes in dieser Sache nicht beteiligen. Nach eingehender Besprechung beschließt das Einigungsamt vor der Entscheidung zunächst noch bei der Stadtverwaltung Solingen nähere Erkundigungen über die Angelegenheit einzuziehen, und zwar durch den Vorsitzenden und die Herren Böcker und Otten gemeinschaftlich mündlich.

Der Vorsitzende wird die Herren Böcker und Otten noch darüber verständigen, an welchem Tage und zu welcher Stunde die Besprechung bei der Stadtverwaltung in Solingen stattfinden kann.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 50 Min. nachm.

Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk am 5. November 1909 im Zimmer Nr. 39 des Rathhauses zu Warmen.

Beginn der Sitzung vormittags 11 Uhr

Anwesend: Vorsitz: Beigeordneter Dr. Hartmann; Arbeitgeber: Schulte, Becker, Böcker, Gries, Gabel, Brangß; Arbeitnehmer: Otten, Jung, Preuß, Wagenbach; Vertreter der Arbeitgeber-Organisation: Wähöfer; Vertreter der Arbeitnehmer-Organisation: Schlag, Muth, Ahrens, Engler; Kläger: Fr. Gottemeyer; Beklagte: Unternehmer Fr. Langenberg aus Solingen, W. Moebers, Teilhaber der Firma Gebr. Moebers, Eberfeld; Protokollführer: Oberstadtssekretär Penz.

Punkt 1 der Tagesordnung: Beschwerde des Solinger Zweigvereins des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands gegen den Bauunternehmer Fr. Langenberg aus Solingen, weil letzterer die ihm von der Stadtgemeinde Solingen als Auftragsgeberin vertragsmäßig zur Beschäftigung zugewiesenen Arbeitslosen zu einem geringeren Lohn als den tarifmäßigen Lohnsatz ausgezahlt hat.

Ueber diesen Punkt wurde in Fortsetzung der Verhandlung vom 8. Oktober 1909 heute weiter verhandelt.

Der Vorsitzende ist mit den Einigungsamts-Mitgliedern Böcker und Otten in Solingen gewesen zur Einziehung näherer Erkundigungen auf dem Stadtbauamt. Herr Stadtbaurat Beigeordneter Michael hat Auskunft erteilt. Die Herren berichten zunächst über die erhaltene Auskunft, wonach feststeht, daß a) dem Bauunternehmer Langenberg zugewiesen worden sind während der Ausführung der Fundamentarbeiten: von der Polizeiverwaltung zwei Arbeitslose, von der städtischen Bauverwaltung ungefähr sieben Arbeitslose; b) die Erbarbeiten vom 15. Juni bis 30. Juli 1909 gedauert haben und mit den Maurerarbeitern teilweise am 14. Juli 1909 begonnen worden ist; c) die Arbeitslosigkeit etwa Ende Juli, Mitte August 1909 in Solingen angefangen hat, abzuklären.

Nach längerer Debatte entschied das Einigungsamt auf Vorschlag des Vorsitzenden und mit dessen Stimme und den Stimmen sämtlicher Arbeitgeber-Mitglieder gegen die sämtlichen Stimmen der Arbeitnehmer-Mitglieder wie folgt:

„Bei Arbeiten, bei denen auf Grund vertraglicher Verpflichtung von dem Unternehmer Arbeitslose beschäftigt werden müssen, ist der tarifliche Lohn für die Berufsarbeiter zu zahlen. Dem Unternehmer steht es nur frei, eine andere Lohnvereinbarung zu treffen für Arbeiter, die eine berufliche Vorbildung nicht haben.“

Der Vorsitzende sprach die Erwartung aus, daß die Einzelfälle in Solingen auf Grund dieser Entscheidung nachträglich zwischen den Parteien geregelt werden würden, ohne daß sich die Schlichtungskommission und das Einigungsamt mit ihnen noch zu befassen habe.

Punkt 2 der Tagesordnung: Berufung der Firma Gebr. Moebers (Eisenbeton-, Betonbau- und Asphaltgeschäft) in Eberfeld gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission, wonach Berufungsklägerin verurteilt worden ist, an den Arbeiter Fr. Gottemeyer wegen dessen Beschäftigung in Deynhausen 39 M an Kostvergütung zu zahlen.

Punkt 3 der Tagesordnung: Klage des Zementarbeiters Friß Gottemeyer in Effen durch den Zweigverein Warmen-Eberfeld des G. B. u. M. D. gegen die Firma Gebr. Moebers in Eberfeld wegen Zahlung eines rückständigen Lohnes von 34,80 M für 1740 Arbeitsstunden zu 2 Pf.

Bei der Verhandlung wurden die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung verbunden. Der Punkt 3 war in der Schlichtungskommission unentschieden geblieben.

Die Firma Gebr. Moebers hat den Zementarbeiter Gottemeyer in Deynhausen beschäftigt und weigert sich, ihm für diese

Zeit der auswärtigen Beschäftigung den tarifmäßigen Lohnzuschlag von 60 Pf. für den Tag (Kostvergütung) zu zahlen. Die Firma hat dem Gottemeyer auch nur einen Lohnsatz gezahlt, der um 2 Pf. für die Stunde geringer ist, als der tarifmäßige für Zementarbeiter.

Gebr. Moebers behaupten, Gottemeyer sei nur Hilfsarbeiter und zu feineren Zementarbeiten noch nicht zu gebrauchen gewesen. Aus diesem Grunde glaubt die Firma nicht verpflichtet zu sein, dem G. den vollen tarifmäßigen Lohnsatz für gelehrte Zementarbeiter zu zahlen. Es sei dem G. auch gleich bei seiner Entsendung nach Deynhausen gesagt worden, daß er den Lohnzuschlag für auswärtige Arbeit dort nicht erhalten könne. G. habe unter dieser Vereinbarung die Arbeit angenommen und komme erst jetzt nach Beendigung derselben und nach seinem Dienstaustritt dazu, die Forderung auf den Lohnzuschlag zu stellen.

Gottemeyer will wegen seiner längeren Beschäftigung bei Zementarbeiten und weil er solche für die Gebr. Moebers schon akkordweise selbstständig ausgeführt habe, berechtigt sein, den vollen tarifmäßigen Lohnsatz als gelehrter Zementarbeiter zu beanspruchen, will auch wegen Erhöhung des Lohnes während der Arbeit bei Gebr. Moebers immer wieder vorstellig geworden sein.

Nach eingehender Besprechung kam das Einigungsamt zu folgender Entscheidung:

Zu 2: Die Firma Gebr. Moebers ist verpflichtet, dem Gottemeyer die Kostvergütung für die Zeit seiner Beschäftigung in Deynhausen mit 60 Pf. zu zahlen.

Zu 3: Die Firma Gebr. Moebers ist verpflichtet, dem Gottemeyer den vollen Tariffuß für gelehrte Zementarbeiter zu zahlen, demnach noch die pro Arbeitsstunde zu wenig gezahlten 2 Pf. nachzuzahlen. (Mit sämtlichen Arbeitnehmerstimmen und der Stimme des Vorsitzenden gegen die sämtlichen Stimmen der Arbeitgebermitglieder.)

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr 35 Min. nachm.

Bezirk Hannover.

Hannover. Für die Dachbeder sind in Hannover folgende Geschäfte gesperrt: Werkstatt Ruff in Herrenhausen bei Hannover, ebenso die hannoversche Bedachungsgesellschaft G. m. b. H. in Hannover. Diese Firmen zahlen den tariflich festgesetzten Lohn nicht, trotzdem die Lohnkommission die Firmen hierzu verurteilt. Die Arbeitgeber sind ohnmächtig ihren Kollegen gegenüber.

Bezirk Karlsruhe.

Heidelberg. Am 24. Februar wurde der für die Gipsler bestehende Vertrag durch folgendes Schreiben von den Unternehmern gekündigt:

„Auf Beschluß des Zentralvorstandes der Gipsler-Statuteure- und Verputzmeister Deutschlands, G. B., sind wir verpflichtet, den Tarifvertrag vom 4. April 1908 mit Ihnen zu kündigen, zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Wir bitten bis spätestens 15. März 1910 um Rückänderung.“

Der Vorstand: J. A. K. Ernst.
Unsere Mitglieder wissen nun, woran sie sind.

Bezirk München.

Sendenhorst. Da bis jetzt im hiesigen Baugewerbe die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch nicht tariflich geregelt waren, jedoch die Konjunktur eine recht gute wird, so wurde den Unternehmern eine Forderung nebst Begleitschreiben, in dem dieselbe begründet wurde, zugestellt und um Verhandlungen nachgesucht. Dieselben fanden am 14. Februar in Anwesenheit des Bezirksleiters statt, und es kam dann auch eine Einigung zustande. Doch die Vereinbarungen zu unterschreiben, zeigten die Unternehmer keine große Lust. Durch die Bemühungen der Lohnkommission wurde auch dieses erreicht, und es haben, bis auf zwei, sämtliche unterschrieben. Am 20. Februar fand eine Mitgliederversammlung statt, die nach einer eingehenden und lebhaften Diskussion dem Resultat einstimmig zustimmte. So war es auch hier durch die Organisation möglich, einen Tarifabschluß zu tätigen, der für die Kollegen große materielle Vorteile mit sich bringt. Nach demselben tritt am 1. März eine Lohnsteigerung von 5 Pf. ab 1. Juni eine solche von 2 Pf. und ab 1. Januar 1911 nochmals von 2 Pf. pro Stunde bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit ein. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1912. Strauben sich die übrigen zwei Unternehmer, den Vertrag zu unterschreiben, so werden denselben, wenn alle Versuche nutzlos bleiben, die Arbeitskräfte so lange entzogen, bis auch sie sich zur Anerkennung des Vertrages bereit erklären. An den Kollegen liegt es nun, mit aller Energie dahinzuarbeiten, daß die Bestimmungen des Vertrages in allen Punkten innegehalten werden, sowie mit den paar Unorganisierten anzuräumen.

Moppen. Am 18. Februar fanden hier Verhandlungen mit den Unternehmern statt, in denen die Vorlage des „Bundes“ uns präentiert wurde. Gleich zu Anfang wurde erklärt, daß eine Lohnerhöhung abgelehnt würde. Im Punkte „Auswärtige Arbeiter“ wurden erhebliche Verschlechterungen angeboten. In der Arbeitsnachweisfrage, sowie in der Dauer des Vertrages, war eine schwankende Haltung zu beobachten, indem die Unternehmer selbst nicht mit derselben einverstanden waren; zum Schluß glaubten sie, die Regelung den Zentralen überlassen zu müssen. Also das Resultat war ein negatives. Daß die Kollegen die gebotenen Verschlechterungen unbedingt ablehnen, sei nur nebenbei erwähnt.

Haaren a. Oms. Hier wurde am 30. Januar mit den Unternehmern über die Verlängerung des bestehenden Vertrages verhandelt. Unser Wunsch auf Lohnerhöhung und auf Verkürzung der Arbeitszeit fand keine Gegenliebe, sondern wurde einfach abgelehnt, und man erklärte uns, daß sich die Unternehmer den Weisungen des Arbeitgeberbundes, dem sie sich doch anschließen „müßten“, folgen würden. Die Verhandlungen verliefen, wie nicht anders zu erwarten war, im Sande. Zu Anfang Februar wurden wir dann mit einem Tarifentwurf von Seiten der Unternehmer beglückt, in dem sämtliche Kaufschulbestimmungen der Vorlage des Arbeitgeberbundes enthalten waren. Neben einigen anderen Verschlechterungen bietet man uns eine Verlängerung der Arbeitszeit von einer halben Stunde. Die Kollegen nahmen zu diesem „Bravourstückchen“ in einer Versammlung vom 20. Februar Stellung und lehnten die ganze Vorlage einstimmig ab, beauftragten ferner die Lohnkommission, nun die weiter erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Bezirk Nürnberg.

Erlangen. Am 21. Februar fand hier auf Veranlassung des Nordbayer. Bezirksverbandes der Arbeitgeber eine Tarifverhandlung statt. Gleich bei Festsetzung der Vertragskontrahenten kam es zu den Vertretern der „freien“ Bauarbeiterverbände zu Differenzen. Auf Veranlassung des Gauleiters Merkel vom „freien“ Maurerverband wurde 1908 unsere Organisation nicht in einen gemeinsamen Vertrag aufgenommen. Wir müßten deshalb einen Sondervertrag abschließen. Bei dieser Verhandlung stellten sich die Gauleiter der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter auf dem Standpunkt, daß wir auch diesmal nicht in einen gemeinsamen Vertrag aufgenommen würden. Es war „ergötzen“, wie diese Genossen im Beisein der Unternehmer das Bild der „Einigkeit“ entzollten. Da eine Einigung nicht erfolgte, wurde dieser Punkt auf die späteren Verhandlungen verlegt. Die Verhandlung selbst wurde auf Grund des alten Vertrages von 1908 geführt. Eine Einigung wurde erzielt über §§ 1, 3, 6, 7, 8 und 9. Ueber eine Verkürzung der Arbeitszeit kam kein Resultat zustande, bezuglich der Lohnfrage, wo die Arbeitgeber auf die Anfrage, ob sie einen Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellohn wollen, einfach die Antwort verweigerten.

Der Vertreter vom Arbeitgeberverband Nürnberg meinte: „Wahrlich wird es zu einem Einheitslohn kommen.“ Die §§ 5 und 10 blieben unerledigt. Die Arbeitgeber standen auf dem Standpunkt, der bisherige Akkordparagraf soll bleiben, während wir dessen Streichung beantragten. Bezüglich des § 10 waren die Unternehmer der Ansicht, daß sie den Arbeitsnachweis nicht wollen, es soll bei dem bisherigen Modus bleiben. Der Bezirksvertreter der Unternehmer hielt an dem Entwurf des neuen Vertragsauftrags fest, so daß eine Einigung nicht zustande kam. Hoffentlich werden die Unternehmer in späterer Zeit bezüglich der Arbeitszeit und Lohnfrage einen anderen Standpunkt einnehmen.

Die sozialdemokratischen Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter

Hielten vom 6.—13. Februar in Leipzig ihre Generalversammlung ab. Die ordentlichen Generalversammlungen beider Verbände tagten erst voriges Jahr, auf denen bekanntlich die Verschmelzung in einen Verband beschlossen wurde. Die dazu eingeholte Zustimmung der Mitglieder lautete bejahend. Aus diesem Grunde und aus solchen der gegenwärtigen Lohnbewegung wurden die Versammlungen einberufen, die ihre Verhandlungen zuerst getrennt und dann gemeinsam führten.

Aus dem von Bömelburg erstatteten Vorstandsbericht sind, soweit wir die sozialdemokratische Tagespresse verfolgen, genaue Zahlen über die Mitgliederentwicklung des Maurerverbandes im Jahre 1909 nicht zu entnehmen. Der Verband hat für Errichtung eines eigenen Verbandshauses einen Bauplatz für 128 000 M erworben. Der Bau soll in eigener Regie ausgeführt werden. Die Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern war nach den angenommenen Statistiken eine ganz enorme. In den Monaten Januar und Februar über 60 Proz., im März 21,43 Prozent und im Sommer in den Großstädten noch zirka 20 Prozent. Das seien keine verlockenden Zahlen für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Für Streiks wurden 972 000 M verausgabt. Der Hauptbetrag hiervon entfällt auf die Aussperrung in Hamburg. Die Krankenunterstützung betrug in 1908 29 M und in 1909 2,27 M auf den Kopf und Mitglieder. In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurde für und wider die Arbeitslosenversicherung geredet. An der Redaktion des „Grundstein“ wurde bemängelt, daß sie einen die Mitarbeiter beeinträchtigenden Artikel gebracht habe, und die Aufnahme der wirtschaftlichen Rundschau des aus der soziald. Partei ausgetretenen Calwer. Muth (Cöln) beschwerte sich, daß der „Grundstein“ aus Anlaß der Finanzreform nicht genügend auf die Christlichen draufgeschrien habe. Wining als Vertreter des „Grundstein“ erwiderte:

„In der Frage der Finanzreform haben wir unsere Schuligkeit getan. Ich scheute davor zurück, durch Angriffe auf die Christlichen die Bewegung der deutschen Bauarbeiter zu stören. Aber hier ist aufgehoben nicht aufgehoben. Es wird die Zeit kommen, wo wir den Frevler der Steuerwucherer heimzahlen können, und dann wird die Redaktion des „Grundstein“ nicht fehlen.“

Na also! Muth kann sich beruhigen. Im übrigen freuen wir uns schon auf diese „Heimzahlerei“. Wir haben nämlich auch noch was zu rücken. Betreffs der Calwerischen Mitarbeiter meinte Wining, daß dieser nach einer Methode arbeite, nach welcher sie (die Sozialdemokraten) nicht arbeiten könnten, die aber trotzdem für die Arbeiterbewegung sehr fruchtbar sei. Das ist interessant. Die Artikel von Calwer sind für die Arbeiter fruchtbar, der „Grundstein“ nimmt sie auf, trotzdem kann die Sozialdemokratie sich nicht nach ihnen richten. Bömelburg ließ durchblicken, daß der Zeitpunkt kommt, wo Calwer nicht der Verfasser der wirtschaftlichen Artikel sein wird.

Ueber die Lohnbewegung wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Im Anschluß daran wurde eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. wöchentlich beschlossen. Die Verschmelzung mit dem Bauhilfsarbeiterverband wurde mit 242 gegen 23 Stimmen angenommen.

Auf dem Verbandstage der Bauhilfsarbeiter erstattete Behrend den Geschäftsbericht. Er gab die Mitgliederzahl des Bauhilfsarbeiterverbandes am Schluß des 3. Quartals mit 68 000 an. Das Verbandsvermögen betrug zu der gleichen Zeit 898 271,26 M. Für Streikunterstützung im eigenen Beruf wurden 491 326,43 M verausgabt. In der Debatte spielte die Hochschule Proschüre „Aus dem roten Sumpf“ die Hauptrolle. Auch die Angelegenheit des ehemaligen Bezirksleiters Peters in Dortmund, der bei einem Hamburger Gasarbeiterstreik Streikbrecherdienste leistete, dies aber bestritt und sogar eine gerichtliche Verurteilung eines seiner Verbandsgenossen dieserhalb erzielte, trotzdem der Vorwurf auf Wahrheit beruhte, kam zur Sprache. Ahrens-Cöln, ein Freund von Muth, beschwerte sich ebenfalls darüber, daß der „Bauhilfsarbeiter“ nach seiner Ansicht die Christlichen wegen der Finanzreform nicht genügend vernübelt habe.

In geschlossener Sitzung wurde über Lohnbewegung verhandelt. Beschlossen wurde, vom 1. März ab wöchentlich einen doppelten Beitrag zu erheben. Der Verschmelzung mit dem Maurerverband wurde mit 102 gegen 4 Stimmen zugestimmt.

Alsdann fand die gemeinschaftliche Versammlung beider Verbände statt. Die vorliegenden Uebergangsbestimmungen mit den Vermögensverhältnissen, dem Uebertritt zum neuen Verband usw. wurden angenommen. Dabei wurde die Bereitwilligkeit einer Verschmelzung mit den Statuteuren, Dachbedern und Zimmerern ausgesprochen. Der Verband erhält den Namen „Deutscher Bauarbeiterverband“. Das Mitgliedsrecht können alle im Hand- und Tiefbau beschäftigten Personen erwerben. Das Reich wird in 21 Gaue eingeteilt. Der Verbandsvorstand besteht aus elf Personen: zwei Vorsitzenden, sechs Sekretären und drei Kassieren. Die Generalversammlung findet alle zwei Jahre statt. Die niedrigste Beitragsklasse beginnt bei 27 Pf. Stundenlohn mit 35 Pf. wöchentlich und endet mit 70 Pf. bei über 77 Pf. Stundenlohn. Die Krankenunterstützung wurde unter teilweise heftiger Opposition der Maurer auf den Winter ausgedehnt. Die Streikunterstützung wurde nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Höhe der Beiträge von 6—21 M wöchentlich festgesetzt. Sowohl bei der Kranken- wie Sterbeunterstützung ist eine zweijährige Karenzzeit vorgesehen. Die Sterbeunterstützung schwankt nach den geleisteten Beiträgen und der Dauer der Mitgliedschaft zwischen 20—125 M. Die Gehälter der an der Zentrale dauernd beschäftigten Angestellten werden mit 2400 M, nach zweijähriger Beschäftigung steigend um jährlich 100 M bis zum Höchstgehalt von 3000 M, festgesetzt; die Gauleiter erhalten 2100 M Grundgehalt, steigend bis 2600 M, die Lokalbeamten 1800 M, steigend unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse bis 2600 M. Als 1. Vorsitzender wurde Bömelburg, als 2. Behrend gewählt; zu Sekretären Paepflow, Löpfer, Panzer, Mojet, Steiniger und Könnies, zu Kassieren Kober, Brandmüller und Busch, zu Redakteuren Wining, Ellinger und Böcke. Das neue Statut tritt mit dem 1. Januar 1911 in Kraft.

Der sozialdemokratische „Deutsche Bauarbeiterverband“ ist somit perfekt. Ohne Zweifel werden weitere Verschmelzungen mit den übrigen kleineren Verbänden, soweit sie zu der „freien“ Richtung gehören, in nicht allzu ferner Zeit folgen. Damit ist auch für uns eine Situation gegeben, nach der wir unsere Tätigkeit ausrichten müssen.

Pensionskassenklage auf Rückzahlung von Zwangsbeiträgen.

Die Gerichte haben sich wiederholt mit Klagen befaßt, die gegen Pensionskassen angestrengt wurden, auf Herauszahlung der von Arbeitern einbehaltenen Zwangsbeiträge.

Die Nummer 6 der Zeitung des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, „Der deutsche Metallarbeiter“ vom 6. Februar d. J. bringt in dieser Sache ein Landgerichts-urteil von Bedeutung. Das Amtsgericht in Merzig hatte den Schlosser Raß mit seinen Anprüdungen gegen die Pensionskasse der Firma Karcher u. Co. in Bedingen abgewiesen. Dieses Urteil ist vom Landgericht Trier am 23. November aufgehoben worden. Dem Kläger wurden seine gezahlten Beiträge (150 M) nebst 4 Prozent Zinsen zugesprochen. In seiner Begründung sagt das Gericht, die Firma habe entgegen den gesetzlichen Bestimmungen den Beitrittszwang zur Pensionskasse eingeführt. Die Abhaltung der Beiträge verstoße gegen § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes vom Jahre 1869 und gegen § 146a der Gewerbeordnung. Dann sagt das Urteil:

„Die von den Beklagten vertretene Ansicht, daß ein Lohnabzug doch zulässig sei, wenn er nämlich zum Zwecke einer Einrichtung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, wie sie die Pensionskasse darstellt, erfolge (§ 117 der Gewerbeordnung), ist nicht richtig. Die Frage, ob die Pensionskasse der Firma Karcher u. Co. überhaupt eine Wohlfahrts-Einrichtung für die Arbeiter bedeutet, ist nicht ohne weiteres zu bejahen. Wenn infolge einer wirtschaftlichen Krise und infolge des unbeschränkten freien Kündigungsrechtes des Arbeitgebers jedem Arbeiter jederzeit die Aussicht auf Pension genommen werden kann, dann ist eine Einrichtung, die an solche Zufälligkeiten geknüpft ist, nur sehr bebingt als Wohlfahrts-Einrichtung zu bezeichnen.“

Wenn das Reichsgericht auch entschieden habe, daß nach § 117 der Gewerbeordnung für Wohlfahrtszwecke Zwangsbeiträge gefordert werden könnten, so müßte dem Arbeiter jedoch unter allen Umständen das Recht bleiben, den dritten Gläubiger selbst zu befriedigen. Der abgeschlossene Vertrag verstoße gegen die guten Sitten.

Wörtlich heißt es:

„Im gegenwärtigen Rechtsstreit ist dieser Verstoß gegen die guten Sitten in der Verknüpfung des Arbeitsvertrages mit einem solchen, wie dem vorliegenden Versicherungsvertrag zu erblicken und in der hierdurch herbeigeführten Unverhältnismäßigkeit von Vorteil und Nachteil des Arbeitsvertrages für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich für letzteren aus dem mit dem Austritt verbundenen völligen Beitragsverfall ergibt, wodurch wiederum das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit des Arbeiters beeinträchtigt wird.“

Der Beitragsverfall sei keine versicherungstechnische Notwendigkeit. Auch das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung mißbilligt den Beitragsverfall unter solchen Umständen.

„Die Einwendung, der Arbeiter gehe freiwillig einen solchen Vertrag ein,“ heißt es dann in der Urteilsbegründung weiter, „bedeutet eine Verkennung der wirtschaftlichen Lage des Lohnarbeiters. Er steht, soweit nicht Tarifverträge ihm Schutz gewähren, als einzelner dem Großunternehmer gegenüber, er ist, will er seinen Unterhalt erwerben, im allgemeinen angewiesen, Arbeit zu nehmen, wo er sie findet, auch wenn er dabei ungünstige Bedingungen... in den Kauf nehmen muß.“

Das Vorhandensein der Sozialgesetzgebung ergibt das gleiche, daß nämlich der Gesetzgeber den freien Willen des Arbeiters für nicht hinreichend stark hielt, selbst sich sein Los zu bestimmen.

Daß mit dem Vertrag eine besondere Ausbeutungsabsicht verbunden sei, ist kein Erfordernis für einen Verstoß gegen die guten Sitten. Ist doch selbst ein Vertrag von völlig in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen befindlichen Personen, wenn er einen in sittlicher Beziehung Anstoß erregenden Inhalt hat, nichtig.“

Die vorhandenen Gründe ergäben die „vollständige Nichtigkeit“ des abgeschlossenen Vertrages. Das Urteil in dieser Pensionskassenklage stellt sich in seinem ganzen Umfange auf tatsächliche Verhältnisse. Es wäre zu begrüßen, wenn alle Gerichte sich eine solche Anschauung von der Lage der Lohnarbeiter zu eigen machten.

Jahresbericht des Bezirks Cöln.

In dem Jahresbericht des vergangenen Jahres sagten wir, daß die Bautätigkeit sich allgemein wieder heben würde. Dieses ist auch in mehreren Lohngebieten eingetroffen. Jedoch nicht befriedigend war die Bautätigkeit in den Gebieten Andernach, Gerolstein, Wittlich, M.-Stadbach, Eichweiler, Gelsdorf, Cleve, Venlo, Belbert, Remscheid, Elberfeld, Kirchen und Herborn.

Im Siegerland lag die Kleinbahnindustrie sehr darnieder. In der Stadt Siegen hob sich die Bautätigkeit im Sommer durch den Bau einer Beamtenkolonie. Im Kreise Wittgenstein brachte der Bahnbau größere Arbeitsgelegenheit. In Herborn der Neubau der Heil- und Pflegeanstalt. Im Frühjahr war in Herborn auch die private Bautätigkeit außerst reger. Auch in Betsdorf und Olpe wurde im Frühjahr viel gebaut, doch ließ die Bautätigkeit im Sommer merklich nach und erhobte sich auch im Herbst nicht wieder. Im Kreise Altenkirchen war das ganze Jahr wenig Beschäftigung vorhanden. Im Kreise Neuwied war es durchgängig sehr schlecht. Dazu kam, daß das Gebiet von Koblenzer Kollegen überschwennt wurde. Durch die Hochwasserkatastrophe gaben mehrere neue Brüden etwas Arbeitsgelegenheit. Im April stockte das Baugewerbe vollständig. Die Kollegen waren gezwungen in der Fremde Arbeit zu suchen. Der vorgezeichnete Bahnbau wurde noch nicht in Angriff genommen. Auch im Bonn-Godesberger Bezirk hatten die Kollegen Kampf mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Dasselbe traf auch auf Düren und Jülich zu. Im Aachener Bezirk ging die Bautätigkeit im Berichtsjahre noch weiter zurück. Im Herbst zog sie etwas an. Viele Kollegen fanden Arbeit auf den neuen Kohlenwägen auf holländischem Gebiet und im Saarrevier. Auch die große Zäpfermauer bei Röttgen und die Militärbauten in Effenborn boten manchem Arbeitsgelegenheit. In Eichweiler dagegen war die Bautätigkeit flott. Im Bereich der Verwaltungsteile Coesfeld war die Bautätigkeit so schlecht wie nie zuvor. Viele waren gezwungen nach auswärts zu gehen. In der Baumstranzenklasse waren 300 Verjäherte weniger als im Vorjahre. Das Zollamt, eine höhere Mädchenschule und der Kanalanschluß zum Rhein waren die einzigen größeren Bauobjekte.

In Düsseldorf Stadt- und Landkreis, ebenfalls Kreis, herrschte das ganze Jahr hindurch eine gute Baukonjunktur. Soweit das statistische Material vorliegt, wurden in Düsseldorf 22 Neubauten ausgeführt. Davon waren 251 Wohngebäude. An größeren Bauten waren vorhanden: 3 Kirchen, das Regierungsgebäude, 4 Schulen, 2 Zuhäuser und 2 Elektrizitätswerke. Auch im bergischen Bezirk, außer dem Kreis Solingen, war die Konjunktur gut. In Elberfeld wurden in den drei Quartalen, von denen das statistische Material vorliegt, 50 Neubauten, 122 Erweiterungsbauten, 26 Wohnhäuser, 13 gewerbliche und 59 sonstige Bauten ausgeführt. In Barmen, im selben Zeitraum, 116 Erweiterungsbauten, 14 Zuhäuser, 53 gewerbliche, 13 öffentliche, 217 Neubauten, 24 Schulen und Gartenhäuser errichtet. In Remscheid 147 Wohn- und Geschäftsbauten, 54 An- und Aufbauten, 6 Fabrikneubauten, 32 Fabrik- und Umbauten, 14 Werkstellenneubauten und 19 Werkstellen- und Umbauten.

Die Bautätigkeit in Cöln war eine flaute, obwohl eine Anzahl großer Bauobjekte ausgeführt wurden. U. a. die Rheinbrückenanlage, Aachenerbauten, die Gebäude des Oberlandesgerichtes und der Zollverwaltung, die Luftschiffhalle, mehrere Schulbauten und Gymnasien, das Lagerhaus am Krippenauer und das Eisenbahndirektionsgebäude. Im Landkreis Cöln und Mülheim stockte die Bautätigkeit sehr erheblich.

Die Ausichten für das Jahr 1910 sind im allgemeinen günstig. Größere Bauobjekte sind, soweit mir bekannt, vorgezeichnet: Elberfeld: 6 Schulen, 1 Gymnasium, 2 Kirchen, 1 Alterspflegeheim; Barmen: 1 Kirche, 1 Krankenhaus, 1 großes Warenhaus; Remscheid: 2 Schulen, Telephonamt, Bahnhofsgebäude und 2 Wärschuppen; Mönchsberg: Lungenheilstätte; Solingen: Bahnhofsgebäude und Rathaus; Düsseldorf: das mit zweijähriger Dauer vorgezeichnete Provinzialgefängnis; im Siegerland hebt sich die Industrie; in Herborn: die Heil- und Pflegeanstalt; M.-Stadbach: das Landgerichtsgebäude; im Kreise Effenbroich: 2 neue Schachtanlagen; in Schönbad: die Gebäude des Siegburg nach Rheinbach verlegten Zuchthauses; in Cöln: mehrere Schulen, Umbau des Zentralbahnhofsgebäudes und Eisenbahndirektionsgebäudes.

Das Ergebnis der Agitation entspricht nicht den aufgewandten Mühen und Opfern. Es sind zwar über 2000 Mitglieder neugewonnen, doch ist die Durchschnittsmittelgliederzahl um 365 geringer als im Jahre 1908. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 4566. An Stelle dieses Verlustes hätten wir sicher von einer ebenso großen Zunahme berichten können, wenn die Konjunktur in Aachen besser gewesen wäre und die Aachener Kollegen untereinander agitiert hätten. Diejenigen, die in Aachen ausgetreten sind, scheinen ein recht weites Gewissen zu haben. Mehr wie 120 000 M hat unser Verband im Aachener Bezirk für die Verbesserung der so sehr zurückgebliebenen Löhne der Aachener Bauarbeiter geopfert. Als wir 1905 die Organisation im Aachener Bezirk gründeten, da stand der Lohn für Maurer bei 11stündiger Arbeitszeit durchschnittlich auf 3,20 M, für Hilfsarbeiter auf 2,40 M. Das waren 22 und 30 Pf. pro Stunde. Heute steht der Lohn um 1,50 bis 1,90 M höher für beide Berufs. Dazu ist die 10stündige Arbeitszeit eingeführt. Nehulich verhält es sich bei allen Berufs des Baugewerbes. Die Ungerechten haben den größten Anteil der gebrachten Opfer eingestekt, verdienen jetzt jährlich 400 bis 500 M mehr. Die gebrachten Opfer sind doch von anderen Kollegen zusammengebrachte Arbeitergroßen. Daß hier nun an eine moralische Verpflichtung besteht, in der Organisation treu zusammenzutreten, darüber haben sie sich hinweggesetzt. Mehrere Kollegen, deren Lohn durch die Lohnbewegungen ebenfalls um 25 und 30 Prozent erhöht wurde, lassen sich sogar vom Arbeitgeberverbände beeinflussen und bringen es fertig, gegen dieselbe Organisation zu arbeiten, der auch sie ihre Aufbesserung verdanken. Selbstverständlich rächt sich das alles bitter. Die vielen Unorgani-

Name des Ortes	Beruf	Mitgliederzahl	erledigt ohne Streit	führte zum Streit	Dauer des Streiks Tage	Lohn-erhöhung pro Stunde Pf.	Tarif-Abfluß
Aachen	Stuhl- und Pfeisterer	278	nein	ja	119	10-13	ja
Aachen	Zimmerer	14	ja	—	—	2	ja
Bonn, Sperre	M. u. S.	35	nein	ja	1/2	7	Anerkennung des Tarifs
Düsseldorf	Zimmerer	46	ja	—	—	5	ja
Eichweiler	M. u. S.	122	nein	ja	54	—	—
Herborn	M. u. S.	80	nein	ja	25	2	ja
Kattingen	M. u. S.	6	nein	ja	50	3	Anerkennung des Tarifs
Reisholz, Gerresheim, Naby	M. u. S.	25	nein	ja	9	10	—
Remscheid	Stukkateure	5	ja	—	—	1	ja
Belbert, Lönisheide, Heiligenhaus	M. u. S.	5	nein	ja	82	3	nein
Bierfen	M. u. S.	53	nein	ja	146	3	nein
		669					

Außer diesen Bewegungen mußten eine ganze Anzahl Einzelkämpen vorgenommen werden.

Es ist notwendig, auf einige besondere Umstände, die bei der Lohnbewegung in die Erscheinung traten, etwas näher einzugehen.

Der Stukkateur- und Pfeistererstreik in Aachen mußte deshalb geführt werden, weil durch das Verschulden der Stukkateure selbst der Tarif vom Jahre 1907 nicht durchgeführt wurde. Dadurch wurde die Vereinigung der Stukkateure, die sich ihre Selbständigkeit wahren wollte, infolge der Schmugkonkurrenz dem Arbeitgeberverbände in die Arme getrieben. Der Leiter des Arbeitgeberverbandes in Aachen, Herr Siphath, begann dann seine „Aufklärung“. Ihm verdanken wir in der Hauptsache auch den gewaltigen Streik der Maurer und Hilfsarbeiter 1907. Eine Steigerung der Löhne hält Herr Siphath gleichbedeutend mit dem Ruin des Baugewerbes. Mit einem sichtbaren inneren Wohlgefühl erklärte er gelegentlich des Abschlusses des Zimmerertarifs dem Bezirksleiter: Die Stukkateure und Pfeisterer lassen wir so lange streiken, bis sie es müde sind. Unsere Unternehmer verdienen bei dem Streik, meinte er. Es kam anders: Die Stukkateurmeister rückten nach 18wöchentlichem Kampfe merklich von Siphath ab.

Da die Stukkateure einmütig in den Kampf getreten waren, wirkte dieses, ähnlich wie beim Streik der Maurer und Hilfsarbeiter 1907, so auf die Zimmermeister ein, daß sie wiederum eine friedliche Verständigung vorzogen.

Im Bonner Gebiet drohte der Arbeitgeberverband in einem Schreiben an die Bezirksleitung, die Löhne allgemein zu reduzieren, wenn die Arbeiter nicht dafür einträten, daß alle Unternehmer die Tariflöhne zahlten. Durch die gestülte Sperre über das Geschäft Sedeler wurde die angekündigte Maßnahme abgewendet.

Im Bonn-Godesberger Bezirk gibt es sehr viele Bauarbeiter, die lieber 2-4 M pro Woche billiger arbeiten, als 50 Pf. für die Organisation zu entrichten. Daher kommt es, daß der Arbeitgeberverband fürchtet, einen höheren Lohn festzusetzen.

Der Streik in Eichweiler mußte durch das Vorgehen des sozialdemokr. Maurerverbandes, vor allem durch dessen Beamten Pöfel in Aachen, verloren gehen. Die sozialdemokratischen Kollegen begünstigten sich nicht damit, entgegen der einstimmig beschlossenen Arbeitsniederlegung Streikbruch zu verüben, sondern waren auch noch Streikbrecher im Abgang an. Dafür erhielt der Genosse Schwed seinen Tagelohn, Fahrt und Speise von dem Unternehmer bezahlt. Bevor sich Schwed zu dem Streich hergab, hatte er bei dem Beamten Pöfel Aachen telephonisch angefragt, ob er das dürfe. Warum dieser Arbeiterverrat geschah, berichtet die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“, indem sie schrieb: „Die Vorgänge in Eichweiler beweisen, daß dafür gesorgt ist, daß den Christlichen ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.“ Dieses Schandmal werden die Bauarbeiter des Aachener Bezirkes nicht vergessen.

Die Kämpfe im Landkreis Düsseldorf wurden notwendig, da der Geltungsbereich des Tarifes auch den Landkreis umfaßt, die Unternehmer sich aber weigerten, den Tariflohn zu zahlen. Der Arbeitgeberverband verlagte hier in der Durchführung des Vertrages vollständig.

Einen bösen Ausgang nahm die Bewegung in Biersen. Hier hat es sich so recht gezeigt, wie verlegt es war, daß der sozialdemokratische Maurerverband im Jahre 1906 hinter dem Rücken der Biersener Organisation den Tarif abschloß. Der Biersener Kampf hat aber auch gezeigt, daß in den holländischen Grenzorten mehr geschehen muß, um die vielen Bau-

arbeiter machen es der Organisation unmöglich, die Tarife recht durchzuführen. Nur schade, daß die organisierten Kollegen darunter mit zu leiden haben. Auch die infame Spere, seitens des sozialdemokratischen Maurer und Bauhilfsarbeiterverbandes die letzten zwei Jahre betrieben wurde, hat den Differenzismus mitverschuldet.

Auch im Bezirk Düren und Jülich ist ein größerer Mitgliederverlust zu verzeichnen. Hier hatte der Kollege die Organisation in den letzten zwei Jahren einigermaßen gehalten. Leider hat ihn uns der Tod so früh entziffen. Es für die Verwaltungsteile Düren ein schwerer Verlust. Weiterhin hatten Verluste die Verwaltungsteile Neumied und Weiler. In Cöln, Düsseldorf und Barmen-Elberfeld hat Mitgliederzahl eine Steigerung erfahren. In den übrigen Verwaltungsteilen hat sich die Mitgliederzahl erhalten.

In M.-Stadbach und Erefeld gelang es nicht, größere Schritte zu machen. Die Verhältnisse drängten daher, für die Verwaltungsteile, wie das früher der Fall war, einen gemeinsamen Lokalbeamten anzustellen. Bei der Wahl über Person verzichtete Kollege Thies freiwillig auf die Wahl, aber einigten sich die Delegierten dahin, daß Kollege Schwed die Agitation als gemeinschaftlicher Lokalbeamter betreiben soll. Auch in Aachen wurde es notwendig, daß ein Lokalbeamter wieder in Arbeit trat. Die Abstimmung, die in der Ausschussung am 15. August vorgenommen wurde, ergab, daß Kollege Zimmermann unter günstigen Bedingungen das Arbeitsverhältnis zurückkehren sollte. Dieser Entschluß wurde den Delegierten schwer. Es mußte jedoch infolge des unverständlichen Verhaltens der Unorganisierten der Schritt gemacht werden.

Im Bonner Gebiet wurde Kollege Schulz an Stelle des Kollegen Widus die Agitation übertragen. Die Agitation auch hier sehr schwierig und konnte der gewünschte Erfolg nicht erzielt werden, trotzdem große Opfer dafür angewendet wurden.

Im Gerolsteiner Gebiet wurde die Organisation, wie eine führt, desgleichen im Kreise Wittlich und in Honnef. In letzteren beiden Orten haben wir bekanntlich schon große Kämpfe geführt, wodurch der Lohn bedeutend erhöht wurde. Im ganzen wurden zehn neue Abstellen gegründet, sechs gingen ebenfalls in die Verwaltungsteile mit 192 Abstellen.

Die Fluktuation war groß, da sonst eine erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen gewesen wäre. Die Erfahrungen bei der Winteragitation lassen darauf schließen, daß es im Jahre 1910 wieder aufwärts geht.

Die Lohnbewegungen waren im Berichtsjahre nicht so zahlreich, immerhin sind 11 Bewegungen geführt worden, drei derselben führten zu ganz erbitterten und langen Kämpfen. Die Lohnbewegungen und Erfolge sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Name des Ortes	Beruf	Mitgliederzahl	erledigt ohne Streit	führte zum Streit	Dauer des Streiks Tage	Lohn-erhöhung pro Stunde Pf.	Tarif-Abfluß
Aachen	Stuhl- und Pfeisterer	278	nein	ja	119	10-13	ja
Aachen	Zimmerer	14	ja	—	—	2	ja
Bonn, Sperre	M. u. S.	35	nein	ja	1/2	7	Anerkennung des Tarifs
Düsseldorf	Zimmerer	46	ja	—	—	5	ja
Eichweiler	M. u. S.	122	nein	ja	54	—	—
Herborn	M. u. S.	80	nein	ja	25	2	ja
Kattingen	M. u. S.	6	nein	ja	50	3	Anerkennung des Tarifs
Reisholz, Gerresheim, Naby	M. u. S.	25	nein	ja	9	10	—
Remscheid	Stukkateure	5	ja	—	—	1	ja
Belbert, Lönisheide, Heiligenhaus	M. u. S.	5	nein	ja	82	3	nein
Bierfen	M. u. S.	53	nein	ja	146	3	nein
		669					

arbeiter, die an der Grenze wohnen, aufzuklären. Hier eine Gefahr für den ganzen Niederrhein.

Für die Zementarbeiter in Barmen-Elberfeld wurde der Tarif von 1907 im Sinne des Schiedspruches der Unparteiischen bis 31. März 1910 verlängert.

In Düsseldorf führten die Verhandlungen über den Tarif im Zementgewerbe nicht zur Einigung. Von der Durchführung der Forderungen wurde Abstand genommen, es trat daher ein tariflose Zeit ein.

Die Erdarbeiter in Cöln versuchten auch für Erdarbeiter einen Tarif einzuführen. Auf die eingereichten Forderungen antwortete der Arbeitgeberverband mit einer Resolution, der es heißt: Die verammelten Tiefbauunternehmer beschließen einstimmig, die Forderungen glattweg abzulehnen, und zwar ist dabei bestimmt, daß die Organisationen nur einen ganz geringen Bruchteil der Erdarbeiter vertreten. Hier haben die Unternehmer unabweisbar dargetan, daß sie nur dann Forderungen der Arbeiter bewilligen und Tarife abschließen, wenn die Arbeiter organisiert sind.

Ueber die Vertragsstreue der Arbeitgeber müssen wir uns leider betrübend äußern. Viele Unternehmer halten nur dann die Verträge, wenn sie wissen, daß ihnen ein starke Organisation im Rücken steht. Was aber noch betrübender ist, das ist die Tatsache, daß es auch Arbeitgeberorganisationen gibt, die den Tarif als Lust betrachten. Einige Beispiele seien hier angeführt. Bei dem allgemeinen Tarifabschluß 1908 mehren wir uns ganz entschieden, daß Jülich mit dem Vertrag aufgenommen wurde. Jedoch sowohl der Jülicher Arbeitgeberverband, als auch der Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe von Rheinland und Westfalen standen strikte darauf, nachdem man uns nun in Jülich den Vertrag gebunden hat, zahlen die Unternehmer den Tariflohn nicht. Beschwerden an den Arbeitgeberverband bleiben unberücksichtigt. Auf eine Beschwerde an das Einigungsamt Cöln erklärte Herr Niemann als Leiter des rheinischen Arbeitgeberverbandes, die Angelegenheit brauche das Provinzialverbandes nicht zu regeln. Jedoch die Unternehmer in Jülich betrachten den Tarif nach wie vor als Lust, nur Herr Ruckel zahlt nach dem Tarif.

Im Kreise Siegen liegen die Dinge noch kurioser. Auf der Tarif 1908 in Eisen getätigt wurde, erklärte der Vorsitzende des Vereins der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe Rheinland und Westfalen, Herr Friß, auf eine besondere Anfrage, daß seine Unterschrift auch für den Siegener Arbeitgeberverband gelte. In einem Schreiben an das Einigungsamt Essen wurde, nachdem die Siegener Unternehmer anfangs den Tarif witterten, mitgeteilt, daß die Innung beschlossen habe, den Tarif anzuerkennen. Jedoch wurde auf der größten gegen den Tarif verstoßen. Schließlich schwenkten einige Unternehmer auf unser Drängen dazu auf, eine Schlichtungskommission zu wählen und den Mißständen zu weichen zu rücken. Nachdem jedoch der erste Schritt der Schlichtungskommission getan, da interpellierte der Gauleiter Müth, ob er einen besonderen Auftrag dazu hatte; das Einigungsamt Essen. In der Sitzung des Einigungsamtes erklärte dann der bekannte Tarifgegner, Unternehmer Berner, ohne dazu beauftragt zu sein, die Siegener Unternehmer erkennen den Tarif nicht an. Das Einigungsamt beschloß, einen Diktator in Siegen abzuhaken, wozu alle Unternehmer des Kreises Siegen geladen werden sollten. Die Tarifgegner hielten nun vor der Sitzung eine Versammlung ab und beschloßen, im Beise-

der Sitzung eine Versammlung ab und beschloßen, im Beise-

Ihres Direktors Schmiedehaus, den Tarif nicht anzunehmen. Das war also der entgegengekehrte Beschluß von dem, der einige Wochen früher gefaßt war. Dieser Beschluß war die Folge einer irigen Berichterstattung des Unternehmers Werner. In der Sitzung unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Einigungsamtes, Herrn Rath, erklärte dann Herr Schmiedehaus, er habe den Auftrag, mitzuteilen, daß die Unternehmer beschließen hätten, den Tarif für ungültig zu erklären. Herr Rath bemühte sich, den Tarif zu retten, und mahnte, den Tarif anzuerkennen und durchzuführen. Als dann von den Genossen Rath und Zangen erklärt wurde, ihnen sei es recht, wenn der Tarif außer Kraft gesetzt würde, und weiter verlangten, daß im Falle der Anerkennung die nichtbezahlten Mindestlöhne nachgezahlt werden müßten, da war es auch Herrn Rath nicht mehr möglich, die Unternehmer zur Anerkennung des Tarifes zu bewegen. Die Sieger Bauarbeiter sind dadurch sehr geschädigt. In dem Augenblick, als die Schlichtungskommission ihr Wirken begann und die Unternehmer sich den Tarifbestimmungen fügten, da wurde auf dem geschilberten Wege dem Tarif ein Ende gemacht. Es ist nicht anzunehmen, daß Herr Schmiedehaus energisch für den Tarif eingetreten ist. Auch in der gemeinsamen Sitzung fehlte es Herrn Schmiedehaus an der nötigen Energie, den Unternehmern den Nachstandspunkt klarzulegen. Man weiß überhaupt nicht, wie man sich die Tarifpolitik des Herrn Schmiedehaus vorstellen soll. Hat er doch in der „Rhein.-Westf. Arbeitgeberzeitg. f. d. Baugew.“ befürchtet, daß die Sicherheit der Tarife durch den „passiven Widerstand“ der Arbeiter in Gefahr kommen könnte. Besser sollte Herr Schmiedehaus die Gefahr des passiven Widerstandes auf Arbeitgeberseite betämpfen.

Auch in Olpe hat der Arbeitgeberverband den Tarifvertrag nicht innegehalten.

Ueber die Auslegung der Tarifbestimmungen ist ebenfalls Klage zu führen. Da herrscht öfter eine erstaunliche Kniffologie. Beispiele könnten wir auch hier anführen, doch das würde den Bericht zu weit ausdehnen.

Die Erfahrungen in den Schlichtungskommissionen geben ebenfalls zur Kritik Veranlassung. Es herrscht da viel Parteilichkeit vor. Fälle, die rechtlich ganz klar lagen, fanden trotzdem keine einheitliche Beurteilung. Es mag das im Wesen der Parteien liegen. Jedoch sollte man sich beiderseitig bestrengen, sich als Richter zu fühlen. Sogar bei den Einigungsämtern trat Parteilichkeit zutage. Der Vorsitzende des Kölner Einigungsamtes, Beigeordneter Dr. Fuchs, ermahnte mehrere Male, die Parteien möchten sich doch als Richter fühlen. Als besonders schwierige Fragen zur Entscheidung standen, wünschte er, man möge ihm zwei unparteiische Beisitzer zur Seite wählen, da er in den vorliegenden Fällen einsehe, daß die Entscheidung nur auf seinen Schultern ruhe. Die Parteien entschieden sich für die unparteiischen Beisitzer und einigten sich auf den Rentner Dahmann und den Arbeitersekretär Bartels.

Der Vorsitzende des bergischen Einigungsamtes, Herr Beigeordneter Hartmann, schickte sich bis jetzt stark genug, die Entscheidung in solchen Fällen, wo beide Parteien entgegengesetzt standen, allein zu entscheiden. Seine bisherigen Entscheidungen haben Objektivität befundet.

Der Bauarbeiterbeschuh ist in den Großstädten besser geworden; auf dem Lande und in den kleinen Städten dagegen liegt vieles im argen. Der Unfallversicherung wird keine oder nur wenig Beachtung geschenkt. In Punkt Unterkunfts-räume sieht es da noch sehr traurig aus. Da wird es nicht eher besser, bis eine unparteiische, regelrechte Kontrolle vorhanden ist. In Köln sollen jetzt drei Arbeiter (Maurer oder Zimmerer) als Baukontrolloren angestellt werden.

Die Geschäftsführung in den Verwaltungen und Zahlstellen läßt viel zu wünschen übrig. In einigen Verwaltungen bzw. Zahlstellen ist dieselbe ja ganz zufriedenstellend, dagegen läßt eine ganze Anzahl diesbezüglich alles zu wünschen übrig. In einzelnen Fällen mußte man die Erfahrung machen, daß die Vorstandsmitglieder sich nicht der Verantwortlichkeit bewußt waren. Wer zum Vorstandsmitglied gewählt wird, in den Jahren die Kollegen großes Vertrauen; das muß dann aber auch gerechtfertigt werden. Hoffentlich können wir im nächsten Jahre über diesen Punkt günstiger berichten.

In Düsseldorf haben sich sämtliche Zahlstellen bezüglich der Geschäftsführung zu einer Verwaltungsverwaltung zusammengeschlossen. Dadurch sind gute Erfahrungen gemacht. Die Hauskassierung ist bedeutend erleichtert und eine viel gesündere Kassierung geschaffen.

Die Beiträge sind im wesentlichen dieselben geblieben. Allgemein sind die Kollegen bestrebt, die sämtlichen Sozialzuschläge in der Einheitsmarke zu haben. Düsseldorf hat auch dieses im Berichtsjahre durchgeführt und gute Erfahrungen gemacht. In Aachen und Köln ist es bereits beschlossen. Auch im bergischen Gebiet ist man bestrebt, die Einheitsmarke einzuführen.

Der Versammlungsbesuch hat nirgends befriedigt. Das Hauptgewicht muß auf die Erziehung eines guten Vertrauensmännerapparates gelegt werden. Nebenall dort, wo das Vertrauensmännerwesen gut ausgebaut ist und funktioniert, da blüht auch die Organisation.

Die geistige Schulung wird außer dem Verbandsorgan und den Versammlungen durch den Betrieb der Schriften des Gesamtverbandes, sowie durch Unterrichtskurse der Kartelle gepflegt. Notwendig und zweckmäßig wäre auch die theoretische und praktische Berufsbildung. In dieser Beziehung ist den jüngeren Kollegen der Beitritt zu den Gesellenvereinen zu empfehlen. Auch die Organisation hat ein großes Interesse daran, daß ihre Mitglieder sachkundige Kollegen sind.

Die Beteiligung an den sozialen Wahlen haben sich viele Verwaltungen ernstlich angelegen sein lassen. Alle Wahlen hier anzuführen, wo die christliche Richtung den Sieg errang, würde zu weit führen. Es sei aber auch gesagt, daß in einigen Orten die Kollegen die Bedeutung der sozialen Wahlen noch nicht erfasst haben, da hier eine große Interesslosigkeit an den Tag gelegt wurde.

Das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen ist ein gutes. In der Eifel und im Kreis Berncastel haben wir auch mit „Eis Berlin“ zu schaffen. Es ist eine Ehre, wie diese Sorte Arbeitersekretäre arbeitet. Der Rahmen war eine Versammlung an, dann wird schnell nach Trier telegraphiert, daß ein Arbeitersekretär von Eis Berlin“ gelangt wird. In der Diskussion gehen diese Leute dann auf die praktischen Lebensfragen der Arbeiter nicht ein, sondern machen die Anwesenden grüßelig vor der „Schlechtigkeit“ der christlichen Gewerkschaften. Die Arbeiter, die ja in der Regel zum ersten Male von der Organisation hören, kennen die hier liegenden Fragen der konfessionellen Fachabteilungen und interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften nicht und können zu keinem Entschluß kommen; die Kräfte werden dadurch unverantwortlich vergeudet. Den einzigen momentanen Erfolg, den „Eis Berlin“ erzielt, ist der, daß sie mal wieder verhindert haben, daß die christliche Organisation eine Zahlstelle errichten konnte. Die Bauern und Unternehmer atmen dann wieder frei auf. Wie lange mag dieses frivole Spiel noch dauern?

Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Verbänden ist durch das notwendige Zusammenarbeiten (Lohnbewegung, Durchführung der Tarife) ein verträglicheres geworden. In Aachen suchte der Gewisse Kessel, der ja auch

bei dem Streit in Esweiler eine so unruhliche Rolle spielte, durch infame und persönliche Hebe jedes gemeinsame Arbeiten unmöglich zu machen. Der sozialdemokratische Zimmerverband taktiert nicht offen; der Gauleiter Zangen läuft heimlich die Unternehmer ab. Verprechungen zwecks gemeinsamen Vorkommens hält er nicht. Er weiß dann aber zur Entschuldigung stets genügend Gründe anzuführen. Die heißen Winde des sozialdemokratischen Zimmerverbandes, allein mit den Zimmermeistern zu verhandeln und Tarife abzuschließen, scheitern an der Tatsache, daß unsere Zimmerer in den Hauptorten stark in Frage kommen.

Die Arbeitgeberverbände sind dieselben, wie im Vorjahre berichtet wurde. Auffällig ist, daß die Tiefbauunternehmer eine ganz besondere Freundschaft mit dem Verein der Arbeitgeberverbände geschlossen haben. Der Grund hierfür ist ja in dem Vertragsmuster schon zum Ausdruck gekommen: die Arbeitgeberverbände sollen ihnen helfen, die höheren Löhne, die im Tiefbau üblich sind, herabzubringen.

Die Tätigkeit des Bezirksleiters gestaltete sich folgendermaßen: Besucht wurden 128 Mitglieder und 19 öffentliche Versammlungen. Vorstands-, Vertrauensmänner-, Lohnkommissionssitzungen und Baubesprechungen wurden 75 beigezählt. Verhandlungen mit den Arbeitgebern fanden 18 statt. In Sitzungen des Einigungsamtes und der Schlichtungskommissionen wurde in 8 Fällen teilgenommen. Vorkommend wurde bei den Arbeitgebern und Behörden in 18 Fällen. Die Abrechnung mußte in 19 Fällen gemacht werden. Ferner nahm der Bezirksleiter an dem Gewerkschaftskongress und der Generalsammlung des Verbandes, sowie an zwei Sitzungen des Ausschusses des Gesamtverbandes teil.

Der schriftliche Verkehr gestaltete sich wie folgt: Es gingen ein 337 Briefe, 376 Postkarten, 42 Drucksachen, 7 Pakete und 14 Telegramme, 28 Geldsendungen. Es gingen aus 343 Briefe, 508 Karten, 443 Drucksachen, 21 Pakete, 24 Geldsendungen, 6 Telegramme. Straporto mußte in 22 Fällen bezahlt werden.

Tropfen das Jahr 1909 allgemein ein ruhiges Jahr war, war dasselbe für unseren Bezirk doch wieder ein sehr bewegtes. Das Jahr 1910 liegt dunkel vor uns. Allem Anschein nach beabsichtigen die Unternehmer, den Tarif mit den unannehmbaren Bestimmungen um allen Ernstes aufzuzwingen. Für sämtliche Verufe des Baugewerbes soll er in Zukunft die Unterlage sein. Der Kampf wird daher aufzunehmen sein. An alle Kollegen, vor allem an die Vorstandsmitglieder, richte ich daher den Appell, alles daranzusetzen, damit der letzte indifferente Bauarbeiter aufgerichtet wird. Allen, die im Berichtsjahre mitgewirkt haben, sage ich Dank und verbinde damit den Wunsch, so wie bisher, auch in Zukunft mitzutreten.

Köln a. Rh., Febr. 1910. Anton Lange, Bezirksleiter.

Jahresbericht des Bezirks Saarbrücken.

Das Jahr 1909 hat nicht die Erwartungen erfüllt, die wir in dasselbe gesetzt haben. Fortschritte sind gemacht und auch Erfolge erzielt worden, aber befristeten können sie nicht.

Die Bautätigkeit war im verfloßenen Jahre mittelmäßig. Eine Ausnahme machten Metz und Forbach, wo eine sehr gute Konjunktur vorhanden war. In Forbach waren an dem Kaiserneubau allein gegen 200 Arbeiter beschäftigt. In Saarbrücken wurde ein Schulhaus im Werte von 300 000 M und im Stadtteil Malfatt eine Kirche aufgeführt. Nach einer vor dem Kampf aufgenommenen Statistik wurden 100 Neubauten und 30 Umbauten, Reparaturen, Mauern, Brückenbauten usw. im Stadtgebiet gezählt. Die Zahl der beschäftigten Maurer betrug 701, die der Bauhilfsarbeiter 409. In St. Ingbert wurden 19 Neubauten und drei Umbauten ausgeführt, darunter ein Schulhaus, an dem etwa 70 Bauarbeiter tätig waren. Die Zahl der beschäftigten Maurer betrug 148.

In Homburg wurden sieben Bauten hergestellt, darunter ein großes Fabrikgebäude und eine Irrenanstalt, an denen 35 Maurer beschäftigt waren.

In Kaiserslautern und Trier war gleichfalls eine bessere Konjunktur vorhanden als im Jahre 1908.

Auch in den ländlichen Orten wurde mehr gebaut. In Oberforbach waren im Mai bereits vier Neubauten im Angriff, zu denen noch verschiedene Neu- und Umbauten im Laufe des Jahres hinzukamen. In Wieselz wurden 11 größere Neubauten und in den Außengemeinden sieben errichtet. In kleineren baulichen Anlagen, Umbauten und Reparaturen, wurden in Wieselz 38, in den Außengemeinden 26 Konzeptionen erteilt.

Viel Arbeitsgelegenheit wurde durch Neu- und Umbau, sowie Erweiterung der Bahnhöfe in Saarbrücken, Saarouis, Neuen, Friedrichsthal, Sulzbach, Neunkirchen usw. geboten. Weitere Eisenbahnbauten stehen bevor.

Im Jahre 1910 wird die Konjunktur eine weit bessere werden. Für die Stadt Saarbrücken sind jetzt schon 71 Baukonzessionen erteilt, davon 69 für Privat- und zwei für städtische Bauten. Eine besonders rege Bautätigkeit wird voraussichtlich auch in den kleineren und ländlichen Orten eintreten. So ist in Dillingen, wo auch im vorigen Jahre viel gebaut wurde, der Bau eines neuen Krankenhauses geplant. Ferner ist die Errichtung eines neuen Großblechwalzwerkes beschlossen. Die dortige Gütte läßt 25 Arbeiter- und sechs Meisterwohnungen errichten. Außerdem wollen zwei Architekten aus Saarbrücken 28 Arbeiterhäuser bauen lassen, um den herrschenden Wohnungsmangel zu beseitigen. Für Forbach steht der Militärort 1910 die Summe von 108 000 M zur Erbauung von vier Schlafplätzen und Beschaffung von Unterkunftsräumen für das neue Pionierbrückengerät vor. In Hühnerfeld und Altenwald wird je eine Kirche gebaut. In Friedrichsthal sollen 24 Koloniehäuser errichtet werden.

Große Mißstände zeigten sich bei der Vergütung von Arbeiten auf dem Submissionswege. Nicht nur bei den Maurerarbeiten, sondern in noch höherem Maße bei den Gipserarbeiten fanden große Preisunterbietungen statt; was hauptsächlich auf die geringe Geschäftskennntnis und kaufmännische Leitung eines Teiles der Meister zurückzuführen ist. Die geringe Bautätigkeit, sowie das Aufstauen neuer Geschäfte trug gleichfalls dazu bei. Den entstehenden Verlust glaubten die Meister dann durch Zahlung niedrigerer Lohnsätze wieder wett machen zu können. An die Einhaltung der tariflich festgelegten Arbeitszeit störten sich die Herren ebensowenig, als wie an den übrigen Bestimmungen, so daß Tarifbrüche an der Tagesordnung waren.

Neugegründet wurden vier Zahlstellen, und zwar an den Orten Düren, Merzig, Kirberg und Wieslach. Eingegangen sind drei. Die Agitation wurde durch die Aussperrung in Saarbrücken und St. Ingbert in den Hintergrund gedrängt. In diesem Jahre muß dies nachgeholt werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des dritten Quartals 1214, gegen 1385 im dritten Quartal 1908. Nach Abgang von 236 Steinarbeitern ist demnach ein Mitgliederzuwachs von 85 zu verzeichnen.

Ein großer Fehler ist es, daß die Vorstandsmitglieder in vielen Orten bezüglich der Agitation und Geschäftsführung fast gar keine Selbständigkeit entwickeln. Nur in wenigen Orten herrscht reges gewerkschaftliches Leben. Aus eigenem Antrieb geschieht nur sehr wenig. Versammlungen finden in vielen Orten nur dann statt, wenn die Kollegen besonders dazu aufgefordert werden. Während des Sommers fahren die in der Pfalz wohnhaften Mitglieder alle 14 Tage Samstags nach Hause, so daß also sehr gut die Versammlungen regelmäßig alle 14 Tage stattfinden könnten. Im Saargebiet ist es mit der Abhaltung von Versammlungen noch schlechter bestellt, weil die

Mitglieder unregelmäßiger in ihre Heimat fahren und wenn sie zu Hause sind, dann ihre Tätigkeit den Klubsvereinen widmen. Gewerkschaftliche Arbeit muß daher hauptsächlich in der Orten geleistet werden, wo die Mitglieder in Arbeit stehen.

Spezialität in materieller, wie ideeller Beziehung ist nur in geringem Maße vorhanden. Das hat sich in gerabegte erscheinender Weise bei der Aussperrung gezeigt, wo man lieber aus der Organisation austreten wollte, als den statutenmäßigen Extrabeitrag zu zahlen.

Bei den Vorstandswahlen kommen meistens nicht immer die richtigen Leute an die Spitze, weil die fähigeren Kollegen aus Bequemlichkeit sich zurückziehen. Die Folge davon ist dann ein Stillstehen oder Rückgang der Organisation im Orte. Auch das Zusammenarbeiten der Vorstandsmitglieder untereinander läßt viel zu wünschen übrig.

In der Abhaltung von Vorstands-, Baubelegierten- und Vertrauensmänneritzungen ist nach vielen Bemühungen eine kleine Besserung eingetreten. Protokolle von Versammlungen werden nur in wenigen Orten geschrieben. In letzter Zeit macht sich jedoch auch darin eine Besserung bemerkbar. Seitens der Bezirksleitung wurde allen Vorstandsmitgliedern und Revisoren eine in Buchform gedruckte Anweisung über ihre Tätigkeit und ihre Aufgaben in den Zahlstellen zugefandt. Hoffentlich wird das dazu enthalten auch gut durchgeföhrt.

Bücher und Broschüren wurden nur in geringem Maße abgesetzt. Auf ein an sämtliche Zahlstellenvorstände versandtes Bücher- und Broschürenverzeichnis erfolgte selbst von den Vorstandsmitgliedern keine einzige Bestellung. Das Bedürfnis für geistige Nahrung ist demnach noch sehr schwach. Hoffentlich wird es in diesem Jahre anders.

Lohnbewegungen wurden drei ausgeführt, und zwar in Zweibrücken, Homburg, Saarbrücken und St. Ingbert. In Zweibrücken betrug die Lohnerhöhung 3 Pf. pro Stunde, während in Homburg eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde erzielt wurde. Beide Bewegungen wurden friedlich beendet. Die Tarifverträge in den zwei Orten laufen am 31. März dieses Jahres ab.

In Saarbrücken und St. Ingbert kam es zur Aussperrung, die 16 Wochen dauerte. Wie hier die Unternehmer mit allen nur denkbaren Mitteln gegen uns gearbeitet haben, läßt sich kaum beschreiben. Ueber 7000 Baubetriebe in Elsaß-Lothringen, der Pfalz, Saargebiet und Rheinland und Westfalen waren den Aussperrten auf Grund der Schwarzen Listen vergeschlossen. Die Polizei stand völlig auf Seite der Unternehmer. Ueber 20 Verurteilungen und Strafmandate erfolgten gegen unsere Kollegen. Wo in einem Ort der Unternehmer dazu übergegangen war, Maurer aus dem Streikgebiet zu beschäftigen, eilten die Saarbrücker Unternehmer dorthin und veranlaßten die Entlassung der Aussperrten. Dagegen schritt natürlich niemand ein.

Bezeichnend für die Anzeigegucht der Unternehmer und ihrer Kreaturen ist die Tatsache, daß gegen ein Mitglied Anzeige erstattet wurde wegen Verletzung von Arbeitswilligen, Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, der überhaupt nicht am Kampf beteiligt, sondern während der Zeit auf einer Fabrik beschäftigt war. Er wurde infolge dessen vom Amtsgericht freigesprochen. Der Bezirksleiter war von dem Unternehmer Lomae wegen desselben Vergehens und Hausfriedensbruchs angezeigt worden. Wegen des Hausfriedensbruchs erfolgte Freisprechung, während ihm für die angeklagte Drohung drei Tage Gefängnis zubisittiert wurden. Gegen dies Urteil erfolgte Berufung vor der Strafkammer zu Saarbrücken, die zu einer Freisprechung gelangte. Eine schwere Niederlage erlitten die Unternehmer dann noch in einem Beleidigungsprozeß, der seine Ursache in dem verfloßenen Kampfe hatte. Die Klage richtete sich gegen sieben Unternehmer und den Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes, weil sie trotz erfolgter Nichtigstellung unserer Seite in der Tagespresse behaupteten, die Gewerkschaftssekretäre hätten nachweisbare Tatsachen verdreht und sich bereit erklärt, in einer Mitgliederversammlung dafür einzutreten, daß die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen, Akfordarbeit zugelassen und keine Lohnerhöhung eintrete. Vor Gericht wurde festgestellt, daß die Behauptungen der Unternehmer auf Unwahrheit beruhten. Es wurde ihnen aber der § 193 zugebilligt und erfolgte demnach ihre Freisprechung; auch liege in den Behauptungen derselben keine Beleidigung. Der beabsichtigte Zweck der Unternehmer, das Vertrauen zu den Führern der Organisation zu erschüttern, war aber fehlgeschlagen, da diese gerechtfertigt aus dem Prozeß hervorgingen.

Schwere Wunden hat der lange Kampf auf beiden Seiten hinterlassen, aber vergeblich ist er nicht gewesen. Wenn auch kein direkt in die Augen springender Erfolg zu verzeichnen war, so ist doch insofern ein Erfolg zu konstatieren, als der Plan der Unternehmer, auf der ganzen Linie Lohnkürzungen vorzunehmen, vereitelt wurde. Deshalb halten die Kollegen auch heute noch ebenso fest zur Organisation wie vorher. Der Anfang zu Lohnreduzierungen war schon nach Ablauf des Tarifs bei einigen Unternehmern gemacht worden. Auch der Uebermut und das Bestreben der Unternehmer, die Organisation der Arbeiter zu vernichten, dürfte nicht nur jetzt, sondern auch für später zu Ende sein.

Was die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter im allgemeinen anbetrifft, so ist dieselbe keine rosige zu nennen. Haupt-sächlich in den Städten lassen die Wohnungsverhältnisse viel zu wünschen übrig. Nicht mit Unrecht wird Saarbrücken als das „alte Bazillennest“ bezeichnet. Aber auch in anderen Städten wie Trier, Metz, Kaiserslautern, Firmajens haben die Kollegen keine menschenwürdigen Wohnungen, die zudem noch teuer bezahlt werden müssen, infolge der seit Jahren ungestört betriebenen Grund- und Boden Spekulation. Die Kollegen vom Lande, wo die Wohnungsverhältnisse etwas besser sind, wenn sie auch nicht als eines Bauarbeiters würdige bezeichnet werden können, sind leider gezwungen, dort, wo sie arbeiten, in den schlechtesten Wohnungen Unterkunft zu suchen. Da ist es denn nur zu sehr erklärlich, wenn manche dem Alkohol zum Opfer fallen und ein Verständnis für geistige Bedürfnisse nicht vorhanden ist.

Der Wohnungsfrage werden wir daher unbedingt in nächster Zeit einen Hauptteil unserer Kräfte widmen müssen.

Von großem Vorteil für die Kollegen sind die in den Städten vorhandenen Lesehallen, wo sie ohne irgendwelche Ausgaben abends ihre Zeit verbringen und zu ihrer geistigen Weiterbildung beitragen können. Erfreulicherweise hat sich das Lesebedürfnis etwas gehoben. Mit Ausnahme von vier Orten werden in allen Zahlstellen von mehreren Mitgliedern Tageszeitungen gehalten. In einzelnen Orten hält sogar jeder eine Tageszeitung.

Die Betätigung der Mitglieder in konfessionellen Vereinen wird ebenfalls besser. In denjenigen Zahlstellen, wo es vorwärts geht, bestehen auch blühende konfessionelle Arbeitervereine. Dem Arbeiterverein und der Gewerkschaft müßte jeder Bauarbeiter angehören, dann wäre manches besser.

Die im Berichtsjahre getätigten sozialen Wahlen zeitigten schöne Erfolge. Am 20. Oktober gelang es in Gemeinschaft mit anderen nationalen Vereinen, bei der Ortskrankenkassenwahl in St. Johann gegen die Liste der freien Gewerkschaften den Sieg davonzutragen. Es waren 228 Vertreter der Arbeiter zu wählen. Die Klasse befand sich vorher in Händen der Gegner. Der 10. Dezember brachte der christlich-nationalen Arbeiter-schaft einen weiteren Sieg bei der Wahl zur Ortskrankenkasse in Malfatt-Burbach. In demselben Stadtkette fand am 16. Dezember die Gewerbegebietswahl statt, die ebenfalls mit einem Siege unserer Liste endete.

Was die Tätigkeit des Bezirksleiters anbetrifft, so war derselbe an 158 Tagen auswärts. Abgehalten wurden 85 Mitglieder- und 19 öffentliche Versammlungen, 14 Lohnkommissionssitzungen, 5 Unterrichtskurse, 3 Schlichtungskommissionssitzun-

gen, 10 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, 5 Kartellversammlungen, 9 Verhandlungen mit den Arbeitgebern, Konferenzen, Generalversammlungen und sonstige Sitzungen 64. Ferner hielt derselbe drei Versammlungen für andere Berufe und vier Versammlungen in konfessionellen Vereinen ab. Der schriftliche Verkehr war folgender: 18 Geldsendungen, 313 Briefe, 68 Karten, 2 Pakete, 3 Telegramme und 670 Druckfachen gingen aus. Die Vorfertigung von Versammlungseinladungen, Handzettel u. dergl. ist nicht aufnotiert worden.

Das Jahr 1910 mit seiner aufstrebenden Konjunktur wird hoffentlich dazu beitragen, daß die bei vielen Mitgliedern vorhandene Jaghaftigkeit, besonders in der Agitation, fortfällt. Was uns not tut, sind Mitarbeiter. Rednerische Kräfte sind fast gar nicht vorhanden. Den wenigen Kollegen, die mitgearbeitet haben, sei auch an dieser Stelle bestens gedankt. Je mehr die Ueberzeugung Platz greift, daß nur die Opferfreudigkeit, verbunden mit Intelligenz, eine Bewegung vorwärts bringen kann, desto besser wird es möglich sein, dauernde Erfolge zu erzielen.

E. Bestum, Saarbrücken 1, Am Markt 20.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß die statutarische Beitragspflicht mit dem 1. März wieder beginnt. Am 6. März ist der erste Wochenbeitrag fällig.

Zimmerer.

Dortmund. Am 12. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Kollege Peina gab den Jahresbericht. Zunächst gedachte derselbe der uns in diesem Jahre durch den Tod entzogenen Kollegen Teupel und Wittmann, und zwar sind beide durch Unfall zu Tode gekommen. Mitgliederversammlungen wurden 23 abgehalten. In 8 Versammlungen wurden vom Koll. Petri Vorträge gehalten und folgende Themen behandelt: 1. „Grundsätze der christlichen Gewerkschaftsbewegung“; 2. „Die allgemeine Lage im Baugewerbe“; 3. „Bedeutung der Tarifverträge“; 4. „Krankensicherungsbeitrag“; 5. „Invalidentversicherung“; 6. „Unfallversicherung“; 7. „Die Bedeutung der Gewerbeverträge“ und 8. „Was geht im Unternehmerlager vor?“. Des Weiteren wurden 10 Vorstandssitzungen abgehalten. Die Mitgliederversammlungen waren im Durchschnitt von 40 bis 60 Prozent besucht. Dieses Resultat kann uns keineswegs befriedigen, denn unsere Kollegen bedürfen der Schulung, damit sie dem Gegner Rede und Antwort stehen können. Die Agitation muß in härterem Maße betrieben werden. Das vergangene Jahr brachte uns 21 Neuaufnahmen und 2 Uebertritte. Wenn jeder Kollege die Agitation im richtigen Sinne betrieb, dann könnten wir mehr gewonnen haben. Diese Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Der Kollege Weinrich verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft war, worauf ihm die Entlastung erteilt wurde. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: als erster Vorsitzender St. Peina, als zweiter Joh. Deimer; als erster Kassierer S. Weinrich, als zweiter J. Ringleb; als erster Schriftführer B. Stachen, als zweiter J. Ringleb. Als Revisoren wurden gewählt Rudolf Müller und Schulte; als Revisoren Wachsenhahn und Müller. Zum Kartellbelegierten Kollege Jacobshagen. Sodann wurde noch eine Beschäftigungskommission gewählt bestehend aus sechs Personen. Nach Erledigung dieses Punktes erhielt Kollege Petri das Wort zum Vortrage. Redner freifte kurz das vergangene Jahr und ging dann zur Lohnbewegung über, besprach die Urteile über die Tarifverträge von Seiten der Arbeitgeberverbände, welche in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben worden sind. Wenn man sich diese Urteile betrachtet, dann müßte man sich fragen, wer hat das neue Vertragsmuster entworfen, welches dazu angetan ist, den Frieden zu stören? Redner kritisierte dann die lauschartigen Bestimmungen des Mustervertrages, was mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Nachdem der Kollege Müller noch den Kartellbericht gegeben, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Dachdecker.

Berlin. Trotz der immer noch ungünstigen Konjunktur des verfloffenen Jahres ist unsere Zahlstelle nicht zurückgegangen, wie der Kassenbericht ausweist. Im Marken wurden herausgegeben: Eintrittsmarken 47, Beitragsmarken 4005, Arbeitslohnmarken 746. Die Einnahme betrug für die Hauptkasse 2407,27 M., die Ausgabe 163,63 M. In der Lokalkasse: Einnahme 1346,12 M., inkl. 689,92 M. vom vorigen Jahr, und Ausgabe 562,44 M. An Krankengeld wurden gezahlt 249,25 M. Der Besuch der Versammlungen ließ zu wünschen übrig. Der paritätische Arbeitsnachweis weist folgendes Ergebnis auf: 907 Arbeitsgehalte, 438 offene Stellen und 376 vermittelte Stellen. Hierbei sei bemerkt, daß dem paritätischen Arbeitsnachweis, welcher bisher nur zwischen der Innung und unserer Organisation bestand, seit dem 1. Januar d. J. auch der Arbeitgeberverband und die „freie“ Organisation sich angeschlossen haben, so daß jetzt für das gesamte Dachdeckergerbe der paritätische Arbeitsnachweis besteht. Schlichtungskommissionssitzungen fanden vier statt, in welchen es sich meist um das Jahrgeld handelte, sowie eine Verhandlung vom Einigungsamt, ebenfalls um die Jahrgeldfrage. Dem hier gefällten Schiedsspruch haben sich jedoch die Arbeitgeber nicht unterworfen, sondern haben Festsetzungsklage beim Landgericht erhoben. Wegen auch in diesem Jahre alle Mitglieder einzeln und fest zusammenzuführen und alle Sonderinteressen hinfanzustellen, dann wird auch bei weiterem Voranschreiten der besseren Konjunktur unsere Zahlstelle wieder Fortschritte machen. Hierzu aber ist die Mitarbeit aller Kollegen notwendig, deshalb von neuem an die Arbeit!

Hiesenerleger.

Berlin. Am 17. Februar tagte unsere Generalversammlung, welche gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresabrechnung. 3. Jahresbericht. 4. Vorstandswahl. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Zunächst wurde die Abrechnung vom 4. Quartal gegeben. Die Einnahme mit Bestand vom 3. Quartal betrug 316,91 M., die Ausgabe 186,29 M., mithin bleibt ein Bestand für das nächste Quartal von 132,12 M. Im Anschluß hieran gab der Kassierer die Jahresabrechnung. An Einnahmen sind zu verzeichnen 973,51 M. Die Summe der Ausgaben betrug 841,51 M. Bleibt Bestand für 1910: 132,12 M. Vom Kassenprüfer wurde die Richtigkeit der Abrechnungen bestätigt und beantragt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde seitens der Versammlung einstimmig angenommen. Der erste Vorsitzende erläuterte den Jahresbericht. Es haben stattgefunden sieben öffentliche und sieben Mitgliederversammlungen, drei Vorstands-, acht gewerkschaftliche und fünf Ausschusssitzungen. Mitglieder hat die Sektion 25 Leher und sieben Hilfsarbeiter. Das vergangene Jahr war ein arbeitsreiches. Nachdem die Konjunktur einigermaßen eingestiegen hatte, gingen wir gegen das Schmutzrechnen vor und machten die drei am Orte bestehenden Organisationen gemeinsame Sache. Gegenüberseits begte man Bestürzung, ob die Christlichen mitmachen würden. Diese Bestürzung war aber nichtig, denn unsere Kollegen legten standhaft die Arbeit nieder. Die Bewegung gegen die Sub-

unternehmer hat ein gutes Resultat gezeitigt, denn verschiedene mußten ihr Treiben einstellen. Kaum war diese Sache einigermaßen erledigt, mußten wir an die Ausarbeitung eines neuen Tarifs herangehen; der alte verlor am 31. Dezember seine Gültigkeit. Die Wünsche der Arbeitnehmer fanden nicht die Anerkennung der Arbeitgeber, diese stellten sich jeglichen Forderungen gegenüber auf einen ablehnenden Standpunkt. Doch nach langen Verhandlungen ließen sich die Arbeitgeber herbei und machten einige Zugeständnisse, die den gestellten Forderungen bei weitem nicht entsprachen. Es fehlte den Arbeitnehmern eigentlich nicht an gutem Willen, sie waren jedoch gebunden, indem sie den Arbeitgeberverbände angeschlossen sind, und so nicht nach eigenem Ermessen handeln konnten. In einigen öffentlichen Versammlungen wurde Stellung zu dem Tarif genommen. Es gab heftige Debatten, doch nach derselbigen Annahme. Abdann kamen wir zur Vorstandswahl. Gewählt wurden per Akklamation: die Kollegen Zeidler als erster, Heinrich Stäcker als zweiter Vorsitzender, Franz Paech als Kassierer, Joh. Schabe als Schriftführer, Rabach und Stengert Beisitzer. Revisoren Pletsch und Ziegler. Kartellbelegierter Ziegler. Schlichtungskommission Paech und Zeidler. In die Begrüßungsdeputation Paech, Franz, Pletsch und Sperling. Die gewählten Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, nach besten Kräften die Interessen der Kollegen zu vertreten. Kollege Zeidler gab den Kollegen kund, daß der freigestellte Lokalbeamte von den Mauern bezahlt worden sei, diese aber für die Zukunft dazu allein nicht imstande sind, und da doch der Beamte für uns zweckmäßig ist und nicht entbehrt werden könne, so möchten alle Zahlstellen dazu beitragen. Es wurde in Vorschlag gebracht, daß jede Zahlstelle vom Lokalaufschlag 5 Pf. für den Beamten bewilligen möchte, was zu den Bedürfnissen noch fehle, solle von den Mauern gezahlt werden. Die 15 Prozent sollen alsdann ganz in die Lokalkasse fließen. Es wurde beantragt, 200 Mark den Mauern zu überreichen. Diese Vorschläge wurden von der Versammlung angenommen. Die Versammlungen finden statt am Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats; fällt der Donnerstag auf den 15., so findet die Versammlung acht Tage später statt. Das Versammlungslokal ist Königsberger Straße 9, bei Felsbaum.

Maurer.

Malsberg. Am Sonntag, den 13. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Den Kassenbericht für das vierte Quartal erstattete unser Kassierer Kollege J. Kather. Die Revisoren erklärten die Kasse, Bücher und Belege für richtig befunden zu haben, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt Kollege Heinrich Henke, als zweiter Vorsitzender S. Hansland. Als erster Kassierer Kollege J. Kather, als zweiter Kassierer Fr. Weller. Zum ersten Schriftführer Ch. Worsmann, als zweiter Schriftführer Fr. Steinrücken. Als Revisoren wurden die Kollegen W. Schröder und A. Eufewind, und in die Schlichtungskommission die Koll. Jos. Schröder und A. Eufewind, als Hauskassierer die Kollegen K. Pomrighausen, J. Schmidt, Fr. Steinrücken und A. Guntermann gewählt. Der erste Vorsitzende, Kollege H. Henke, erstattete dann den Jahresbericht. Die Kassenverhältnisse sind folgende: Einnahme für die Zentralkasse im Jahre 1909 751,58 Mark. Die Ausgabe betrug an Krankenunterstützung und Sterbegeld 54,70 M.; der Bestand der Lokalkasse betrug am 1. Januar 1909 227,51 M. Im Laufe des Jahres hatten wir eine Einnahme von 253,32 M.; Ausgabe 119,67 M. Es bleibt somit Bestand für das Jahr 1910 361,16 M. Am Schlusse des Jahres 1908 hatten wir 51 und am Schlusse des Jahres 1909 53 Mitglieder. Im Laufe des Jahres fanden 13 Versammlungen, fünf Vorstandssitzungen und eine Sitzung mit dem Bezirksleiter und der Lohnkommission statt. Die Versammlungen hätten durchschnittlich etwas besser besucht werden können. Am 2. Dezember 1909 wurde unser Tarifvertrag seitens der Unternehmer zum 1. April d. J. gekündigt. Kollegen von Malsberg und Umgebung, laßt euch dies eine Mahnung sein, fest und treu zusammenzuhalten im Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands. Nur in der Einigkeit liegt unsere Stärke. Beherzt geht auf den schönen Einspruch auf unseren Verbandsplakaten: „Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte wird man niemals unterjochen.“

Kurich. Sonntag, den 20. Februar, fand im Schmidtschen Gasthause unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Leeners, eröffnete dieselbe mit folgender Tagesordnung: Kassenbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes. Den Kassenbericht erstattete Kollege Pufes; die Einnahme betrug 862,75 M., die Ausgabe 228,12 M.; abgehandelt nach der Zentrale 634,63 M. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug 268,04 M., die Ausgabe 150,50 M.; Bestand 117,54 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vierten Quartals 1909 82 Mitglieder. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Pufes für die gute Kassenführung und wurde demselben Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des ersten Schriftführers einstimmig wiedergewählt: erster Vorsitzender J. Leeners; als zweiter Vorsitzender S. Lüdemann; als erster Kassierer A. Pufes, als zweiter Kassierer S. Hinrichs; als erster Schriftführer S. Becker, als zweiter Schriftführer J. Behrens; als Revisoren die Kollegen F. Seegen, G. Arends, S. Wilms. Unter „Verschiedenes“ wurde über die hiesige Lohnstraffung diskutiert. Hopen wir, daß sie zu unserer Zufriedenheit entschieden wird. Darauf ermahnte Kollege Leeners die Kollegen, auch fernherhin fest und treu für unsere Gewerkschaft einzutreten und nicht locker zu lassen, denn nur so können wir das erreichen, was zu unserem sozialen Wohl gehört.

Bocholt. Am Sonntag, den 20. Februar, hielten die hiesigen Zahlstellen der Maurer und Dachdecker eine gemeinschaftliche außerordentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Einführung der einheitlichen Kassenführung der beiden Zahlstellen“. Kollege Krep-Glabbeck zeigte in ausführlicher Weise die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser Einrichtung, hob besonders die Schwierigkeit der Vertrauensmänner bei den Mauern hervor und erklärte, daß es unter keinen Umständen so weitergehen dürfe. Die Lebensfähigkeit der ganzen Zahlstelle liegt nur in einem guten Vertrauensmännerapparat. Das mögen sich die Bocholter Kollegen für alle Zukunft merken. Zu einer einheitlichen intensiven Agitation am Orte ist es auch notwendig, daß alle Kollegen, ob Maurer oder Dachdecker, zusammenarbeiten und sich nicht gegenseitig bekämpfen. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen der Dachdecker, die besonders über tüchtige Vertrauensmänner verfügen, geschlossen dafür aus. Bei den Mauern hatten verschiedene Kollegen Bedenken, die aber leicht widerlegt werden konnten. In einer geheimen Abstimmung wurde auch von den Mauern dem Antrage zugestimmt. Zum ersten Kassierer wurde dann Kollege Reimbors (Dachdecker) und Kollege vom Jal (Maurer) zum zweiten Kassierer gewählt. Zehn Vertrauensmänner melbten sich sofort freiwillig. Es wurde dann beschlossen, in den nächsten Tagen eine Hausagitation abzuhalten, wozu ein geeignetes Flugblatt herausgegeben wird. Mögen nun alle Kollegen der neuen Geschäftsführung Vertrauen entgegenbringen und besonders den Vertrauensmännern ihr größeres Amt zu erleichtern versuchen. Dann wird es uns möglich sein, die Scharte, welche uns die wirtschaftliche Krisis geschlagen hat, bald wieder auszuweichen. Mögen denn die kommenden Ereignisse im Baugewerbe bringen, was sie wollen, wir werden gerüstet dastehen.

Bonn. (Jahresbericht.) Am Sonntag, den 20. Februar, tagte die Ausschusssitzung der Zahlstellen. Unser Schwarz-Rheinort waren sämtliche Zahlstellen zur Stelle. Kollege Lange schloß die Sitzung einleitend den Stand der Lohnbewegung. Es wurde beschlossen, die weitere Beratung der Forderungen usw. den Vorstandmitgliedern der einzelnen Zahlstellen zu überlassen. Kollege Bayer gab darauf den Jahresbericht und führte

u. a. folgendes aus: Die Konjunktur war ebenso schlecht wie im Jahre 1908. Viele Kollegen waren gezwungen, einen anderen Beruf zu ergreifen. Trotzdem sind wir im abgelaufenen Geschäftsjahre etwas vorwärts gekommen, wenn auch nicht in dem gehofften Maße. In Stelle des Kollegen Widus betrieb Kollege Schul die Hauptagitation. Er gab sich leblich Mühe, neue Mitglieder zu gewinnen. Der Tariflohn wurde von mehreren Arbeitgebern nicht gezahlt. In diesen Geschäften arbeiten meistens Unorganisierte, und wenn einige Organisierte darunter sind, dann sind es in der Regel zu wenige, um den Tarif durchzusetzen. Der Arbeitgeberverband drohte, den Lohn zu reduzieren, wenn die Organisationen den Tariflohn nicht bei allen Geschäften durchführten. Den Hauptanstoß bildete der Unternehmer Sebler. Unser Bezirksleiter Lange forderte mehrere Male Herrn Sebler auf, dem Tarif nachzukommen. Sebler versprach dieses auch, hielt aber sein Versprechen nicht. Da die Mehrheit der Kollegen der Organisation angehörte, wurde die Sperre über das Geschäft verhängt. Nach einhelliger Sperre erklärte sich Sebler bereit, den Tarif anzuerkennen und zahlte den zu wenig gezahlten Lohn für 14 Tage nach. Die sozialdemokratischen Verbände bekümmerten sich um nichts und ließen uns, trotz Aufforderung unsererseits, vollständig im Stich. Die Mitgliederzahl stieg von 132 im vierten Quartal 1908 auf 202 am Schlusse des vierten Quartals 1909. Mithin ein Zuwachs von 70 Mitgliedern. Aufgenommen wurden 121 Kollegen. Neugegründet wurde die Zahlstelle Sonnef und die Verwaltungsstelle Rheinbach. Eine Zunahme hatten die Zahlstellen Triebdorf und Wassenich. Einen Mitgliederzuwachs hatten die Zahlstellen Jppendorf, Endenich und Wodesberg. Hoffentlich gelang es im Jahre 1910, bessere Fortschritte zu machen. Die Verhältnisse haben sich gebessert. Für die Zentralkasse betrug die Einnahme 1884,63 M., die Ausgabe: an Krankenunterstützung in sechs Fällen 255,40 M., Sterbeunterstützung ein Fall 41 M., mithin an die Zentrale gesandt 1688,23 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 473,07 M., die Ausgabe 494,92 M. Mithin ein Defizit von 21,15 M. Zu den Ausgaben gehört aber die Uebernahme des Fahrrades zum Zwecke der Agitation des Kollegen Schulb. Des Weiteren haben mehrere Zahlstellen mehr Ausgaben als Einnahmen. Der Revisor, Koll. Kremer-Geislar, berichtete, die Kassenführung des Kollegen Bayer in bester Ordnung gefunden zu haben. Dem Kassierer wurde dann einstimmig Entlastung erteilt. Um die lokalen Ausgaben bestreiten zu können, wurde beschlossen, in allen Zahlstellen Mitgliederversammlungen abzuhalten und zu beschließen, den Lokalaufschlag von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Die Versammlungstage für die einzelnen Orte wurden sofort festgelegt. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Vorstandswahl vertagt. Der alte Vorstand erklärte sich bereit, die Geschäfte weiterzuführen. Der Vorsitzende, Kollege Münz, schloß dann die Sitzung und ermahnte alle Kollegen, kräftig zu agitieren.

Sorlowitz (Beschl.). Sonntag, den 20. Februar, nachm. 5 Uhr, fand im Gasthause des Herrn Wandzloch eine Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Kollege Sigulla (Georgenwerf) begründete die Errichtung einer eigenen Zahlstelle, denn wir haben hier annähernd 60 Mitglieder, die bis jetzt von verschiedenen Zahlstellen bedient werden. Er erläuterte eingehend den Zweck und die Aufgaben einer Zahlstelle. Die Errichtung wurde beschlossen. In den Vorstand wurden gewählt: Joseph Smyrel als erster, Peter Kulesa als zweiter Vorsitzender; Franz Sigulla als erster, Joseph Komalkil als zweiter Kassierer; als Schriftführer wurde Sigulla gewählt, als Revisor Johann Smyrel, als Vertrauensleute Bernhard Kulesa, Paul Jora und Vinzent Stobolla. Nachdem Kollege Sigulla die Vorstandsmitglieder ernannt hatte, immer treu und gewissenhaft für unsere Zahlstelle zu wirken, richtete er noch einige Worte an die Mitglieder, die bis jetzt dem oberhiesigen Bezirk angehört hatten. Sie sollen der neuen Zahlstelle treu bleiben und arbeiten, damit auch der letzte Kollege unserer Reihen zugeführt wird. Mit einem Hoch auf das Wüthen und Geben des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Contwig. Am Sonntag, den 20. ds., hielt die hiesige Zahlstelle eine Versammlung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Auf der Tagesordnung stand: Anschaffung eines Bibliotheksschranks, 2. Neuaufnahmen, 3. Erweiterung des Ausschusses, 4. Sonstiges und Mitteilungen. Sämtliche Punkte wurden nach entsprechender Diskussion im Sinne des Vorstandes einstimmig angenommen. Zu Punkt 3 wurde Kollege Friedrich Schieler einstimmig gewählt. Auch die Erhebung eines Ertrahes zugunsten der Lokalkasse wurde einstimmig beschlossen, was gewiß als rühmendes Zeugnis für das Interesse an der Organisation angesehen werden darf. Lassen wir auch besonders für die kommende Zeit die Einigkeit walten, beharren wir das Vertrauen zueinander und leisten wir bereitwilligst Mitarbeit an unserem gemeinsamen Ringen. Mögen die Kollegen vor allem die Mahnung des Vorsitzenden Kollegen Müller beherzigen und mit aller Kraft in die Frühjahrsagitation eintreten. Der größte Erfolg unserer nun vierjährigen Gewerkschaftstätigkeit ist jener, daß die Zahlstelle Contwig heute über eine stattliche Anzahl geschulter, gekämpfter Kämpfer verfügt. Besonders unsere Vorstandsmitglieder scheuen in keiner Weise Opfer, um reges Leben in die Sache zu bringen und überall den Kollegen mit Fleiß und Opfermut voranzugehen. Nach einem kräftigen Appell des zweiten Vorsitzenden Kollegen Jaf. Kütcher fand die schon beurlaubte Versammlung ihr Ende.

Cöln. (Jahresbericht.) Am Sonntag, den 30. Januar, hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre erste diesjährige Delegiertenversammlung ab. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Süchel-Buschbell-Weiden-Löwenich, Paulheim-Boddenmünd und Gürth, sowie die Sektion der Zementarbeiter. Der Jahresbericht wird laut Beschluß der Delegierten allen Mitgliedern der Verwaltungsstelle gedruckt zugefickt. In demselben wird zunächst eine gedrängte Uebersicht der allgemeinen Lage gegeben, sowie von einigen wichtigen Tagungen, so vom VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Cöln und der Generalversammlung in Münster Notiz genommen. Des Weiteren wird an die sozialdemokratische Hege nach Erledigung der Reichsfinanzreform erinnert, wobei die hiesigen Genossen auch ihr möglichstes leisteten, um im Trüben fischen zu können. Der nachfolgende Ferrerummel zeigte so recht in grellem Lichte, was Bestes Kinder die „freien“ Gewerkschaften und ihre Agitatoren sind. Selbst gegen den hier stattgefundenen Eucharistischen Kongreß ließen die „freien“ Gewerkschaften zusammen mit den Freidenkern Sturm. Von den Gewerkschaftsbureaus und in den Gewerkschaftsversammlungen wurden Einladungen für Protestversammlungen gegen den Eucharistischen Kongreß verteilt. — Bezüglich der Bautätigkeit wird gesagt, daß im ersten halben Jahre die Konjunktur noch ungünstiger war als im Vorjahre. In der Stadt Cöln wurde es gegen Herbst besser, namentlich waren es die größeren Baustellen, die Kasernenbauten, Zolldirektionsgebäude, später wurde das Eisenbahndirektionsgebäude in Angriff genommen, und die verfallenden Schulbauten, beginnlich durch die anhaltend milde Witterung, die mehr Arbeitsgelegenheit boten. In Fall war die Konjunktur das ganze Jahr hindurch flau, in Mülheim dagegen ging es gegenüber dem Vorjahre besser. In Wiesdorf wurde viel gebaut, jedoch meistens von den Farbenfabriken. Opladen, Schiefelbusch, Berg-Grabbach boten wenig Arbeitsgelegenheit. Ebenso in Wülth, Gürth und den übrigen Orten des Braunkohlengbietes wurden nur wenige Bauten errichtet. In Frechen war die Bautätigkeit besser. — Nach den Berichten des statistischen Amtes der Stadt Cöln sind die Aussichten für das Baugewerbe wieder bessere. Es wäre dieses sehr zu wünschen, denn die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren hat den Kollegen schwere Wunden geschlagen. — Da die Arbeitslosigkeit im Anfang des Sommers

Besonders unter den Hilfsarbeitern eine große war und da andererseits viele Ausländer hier an den Bahn- und Entfestigungsarbeiten beschäftigt wurden, suchten die Vertrauensleute durch Fortschrittwerden beim Oberbürgermeister und der Eisenbahndirektion dahin zu wirken, damit die einheimischen Arbeiter mehr Beschäftigung bekämen. Der Oberbürgermeister erkannte die Wünsche der Arbeiter als berechtigt an und sagte zu, daß an allen städtischen Bauten und Arbeiten nur die einheimischen Arbeiter Berücksichtigung finden sollten, auch sollten an diesen Arbeiten nur die Tariflöhne in Frage kommen. Die Eisenbahndirektion war, wie den Vertrauensleuten gesagt wurde, nicht in der Lage, etwas in der Sache zu tun. Die Durchführung der Verträge war überall möglich, jedoch waren eine ganze Anzahl Sperrten notwendig, um tarifunreue Firmen zu befehlen, daß die abgeschlossenen Tarife auch einzuhalten sind. Die Berg-Glabbacher Unternehmer zahlen nur die untersten der Staffellöhne. Es sind dort im Tarif 56 bis 58 Pf. für Maurer und 46 bis 48 Pf. für Hilfsarbeiter vorgesehen. Jedemfalls wird den Herren beim zukünftigen Abschluß des Tarifes ein Miegel vorgeschoben. Die Verufe der Fiskusleger und Püger haben, weil die Arbeiten meistens in Alford sind, sehr gegen Tarifumgehungen anzukämpfen gehabt. Eine ganze Anzahl Klagen mußten am Gewerbegericht ausgetrieben werden. Den Zimmerern wurde am 28. Dezember von der Jannung der Vertrag gekündigt, angeblich, weil die Gesellen denselben nicht gehalten hätten. (Zu Nr. 6 vom 6. Februar d. J. ist darüber berichtet.) Von den Erbarbeitern an den Bahnen, Straßen- und Kanalbauten wurde eine Lohnbewegung inszeniert, die aber deswegen erfolglos verlief, weil ein großer Teil sich nicht den Organisationen angeschlossen. Wenn in der Agitation die Erfolge auch nicht immer der aufgewandten Mühe entsprachen, so trug zum größten Teil die ungünstige Konjunktur hieran die Schuld. 382 Mitglieder wurden neu aufgenommen und 76 aus anderen Verbänden übergeschrieben. Uebergend zur jetzigen Lohnbewegung kritisiert der Bericht kurz das Verhalten der Arbeitgeber, die in der jetzt allgemein bessernden Lage des Baugewerbes den Arbeitern auf der ganzen Linie Verschlechterungen anbieten. Vom Bauarbeiterstand wird gesagt, daß derselbe immer noch vieles zu wünschen übrig lasse und die Selbsthilfe sei auch hier das beste Mittel, den schlimmsten Auswüchsen zu steuern. So viel der Verwaltung bekannt wurde, sind im Berichtsjahre durch Unfälle sechs tot geblieben ein Maurer, fünf Zimmerer und drei Dachdecker; schwer verletzt wurden neun Maurer, sieben Zimmerer und sechs Hilfsarbeiter. Von den Schwerverletzten sind nachträglich noch sechs an den Folgen der Verletzungen gestorben. Wie verlautet, sollen jetzt in Köln Bauarbeiter bzw. Vorarbeiter als Baukontrolloren angestellt werden. Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen betragen 17 378,85 M., die Ausgaben betragen 8134,42 M.; an die Zentrale sind 9244,43 M. zu senden. Die Einnahmen der Verwaltungsstelle betragen 9581,84 M., die Ausgaben 7366,17 M.; mithin bleibt ein Kassenbestand von 2215,67 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 887. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung und der Kassenführung bestätigt hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Laufe des Berichtsjahres meldeten sich auf dem Arbeitsnachweis 1082 arbeitslose Kollegen. An offenen Stellen wurden gemeldet 866. Infolge der geringen Bautätigkeit wurden im ersten Halbjahr weniger offene Stellen gemeldet, dagegen in den letzten vier Monaten wurden mehr offene Stellen gemeldet, wie arbeitslose Kollegen. Es kann gesagt werden, daß die Kollegen die Wichtigkeit des Arbeitsnachweises erfasst haben; denn es meldeten sich ziemlich alle Arbeitslosen, auch wurde gemeldet, wenn irgendeine Stelle offen war. — Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen wieder bzw. neu gewählt: als erster Vorsitzender Hof. Beder, zweiter Vorsitzender Pet. Widus, als erster Kassierer Frz. Daz, zweiter Kassierer Karl Gredelstein, als Schriftführer die Kollegen Hoppe und Jung, als Beisitzer die Kollegen Langen und Helm, als Revisoren die Kollegen Joh. Beder und Caspar. — Sodann wurde beschlossen, daß an Stelle der im Winter zu leistenden Agitationsbeiträge ein um 5 Pf. höherer Lokalaufschlag auf die Pflichtbeiträge erhoben werden soll. Es bleibt jedoch den Zahlstellen bis auf weiteres überlassen, das alte System beizubehalten. Eine Reihe der größten Zahlstellen hatte schon vorher die Einführung der Einheitsmarkte beschlossen.

Deuna, 18. Februar. Jetzt, wo der Winter zu Ende geht, und unsere Kollegen wieder zum Wandern greifen müssen, wollen auch wir mal etwas von unserer Winterzahlstelle hören lassen. Die erste Mitgliederversammlung fand am 2. Januar statt. Dem in dieser Versammlung gefassten Beschlusse, pro Mitglied 20 Pf. Winterbeitrag zu entrichten, sind alle Kollegen gern und freudig nachgekommen. Glänzend verlief auch eine am 6. Januar stattgefundene öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Schneider-Pannover referierte. Die Genossen meldeten sich in dieser Versammlung nicht zum Wort; desto lauter schrien sie abends an den Straßenecken. Es stießen sogar Schimpfworte gegen unsere pflichtbewussten und eifrigen Vorsitzenden. (Rechte der roten Erziehung.) Acht Kollegen wurden in diesem Winter aufgenommen; davon sind zwei übergetreten aus dem sozialdemokratischen Verband. Für zwei Kollegen, die besonderer Umstände halber frühzeitig zur Heimat gereist sind und noch einige Beitragsmarken rückständig waren, wurden die fehlenden Marken von der Zentrale bezogen. Der Kassenbestand unserer Lokalkasse beträgt zurzeit 16,82 M. Alles in allem genommen, können wir mit der in diesem Winter geleisteten Arbeit zufrieden sein. Wir richten die herzlichste Bitte an alle Kollegen, immer treu zur christlichen Gewerkschaftsflagge zu halten; ganz besonders jetzt, wo schwere Gewitterwolken den wirtschaftlichen Horizont verdunkeln. Allen schwebenden Kollegen rufen wir ein herzlich „Lebwohl! Auf Wiedersehen im nächsten Herbst!“ zu. Jeder sei ein Agitator für unsere Sache. Stillstehn nimmer, vorwärts immer! Das sei unsere Losung.

Dirschau. Am Sonntag, den 13. Februar, hielt die Zahlstelle der Maurer ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand außer dem Bericht über das verfloßene Jahr ein Vortrag des Kollegen Weuster aus Danzig. Derselbe zeigte uns die ernste Lage der Baugewerbe und forderte uns auf, auch unsererseits aus der Gleichgültigkeit aufzuwachen, um gerüstet dem Kampfe entgegenzutreten. Ein Rückblick auf das verfloßene Jahr belehrte uns, daß die Bautätigkeit eine rege gewesen ist, doch durch den Zustand der vielen fremden Kollegen zum Herbst die Arbeit sehr abklang. Am Vereinsleben beteiligten sich etwa die Hälfte der Kollegen, die übrigen glauben genug zu tun, wenn sie dem Hauskassierer ihre Beiträge mit knapper Not bezahlen. Es fand alle Monate eine Versammlung statt. In fünf derselben hielt Kollege Müller (Danzig), in zwei Versammlungen Kollege Weuster belehrende Vorträge. Außerdem fanden zwei öffentliche Versammlungen statt, die eine zum Zwecke der Abwehr der maßlosen Hebe der „Noten“ gegen unsere Führer anlässlich der Finanzreform, die andere betreffs unserer Lohnforderung. In den Verband wurden 9 Kollegen aufgenommen. Durch den Marktenverkauf wurde ausschließlich der Lokalmarken eine Einnahme von 607,60 M. erzielt. Die Vorstandswahl brachte keine große Veränderung: erster Vorsitzender Fr. Wehr, zweiter Kollege Schulz; erster Kassierer Albert Wöhntke, zweiter Kollege Wutschowski; erster Schriftführer G. Watischemski, zweiter Jarabzowski. Betreffs der Hauskassierung fand eine Teilung der Bezirke statt. Mögen im neuen Vereinsjahr die Mitglieder und der Vorstand Hand in Hand arbeiten zum Wohle der Zahlstelle.

Freiburg i. Bg. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit hatte im vergangenen Jahre noch schwerer unter den Einwirkungen der Krise zu leiden. Die Bauleute hatten sich im Berichtsjahr noch bedeutend verschlechtert. Der Beschäftigungsgrad im Freiburger

Baugewerbe hat in den letzten Jahren folgende Zahlen im Jahresdurchschnitt aufzuweisen: 1905: 2129, 1906: 1105, 1907: 764, 1908: 422, 1909: 307. Angesichts einer solchen miserablen Geschäftslage ist es auch verständlich, daß die Organisation keine nennenswerten Fortschritte machen konnte. Trotzdem ist es uns gelungen, die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 15 zu vermehren. Dieser Fortschritt war aber bloß möglich, indem die Kollegen endlich zur Einsicht gelangt sind, ihre persönlichen Sachen nicht mehr so in den Vordergrund zu stellen, wie das in den früheren Jahren der Fall war. Von Gründung der Zahlstelle bis zu Anfang des Berichtsjahres war bei vielen unserer Vorstands- und Vertrauensmänner das persönliche Moment nicht selten von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist freudig zu begrüßen, daß die Kollegen ihre so leidenschaftliche Charaktereigenschaft geändert und der echte Gewerkschaftsgebanke mehr in den Vordergrund gestellt worden ist. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, daß dieser Umwandlungsprozess nur möglich war durch das energische Eingreifen des Kollegen Heurich. Er hat manche bittere Pille schlucken müssen. Nun, wir sind ihm heute dankbar, und werden bestrebt sein, die so notwendige Einigkeit hochzuhalten. Der Versammlungsbesuch ließ sehr viel zu wünschen übrig. Dies mag zu einem Teil der schlechten Wirtschaftslage zugeschrieben werden, aber einen stichhaltigen Grund, deshalb den Versammlungen fernzubleiben, gibt dies jedoch nicht. Im Gegenteil, niemals ist ein reges Vereinsleben mit sachlichem Austausch der Meinungen zur Aufklärung sowie zur Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls notwendiger, als in der jetzigen Zeit. Manche der Kollegen wenden noch ein, daß man in den Versammlungen Geld verlieren müsse, was aber bei dem schlechten Verdienst nicht möglich sei. Dieser Einwand trifft leider bei manchen Kollegen zu, nur mit dem Unterschied, daß einem nicht vorgeschrieben wird, wieviel. Manche Kollegen verzichten mitunter mehr wie notwendig wäre. Erlauben wir uns die Frage: Werenden denn die Kollegen, die den Versammlungen jahrein, jahraus fernbleiben, das Geld, das sie dabei erlöbigen, zu nützlicheren Zwecken? Wir glauben nicht. Man kann da mitunter Wunderdinge erleben, in welcher unnützer Weise die sauer verdienten Groschen von manchem der Kollegen ausgegeben werden. Diese Kollegen gehören dann noch in den meisten Fällen allen möglichen Vereinen an und betrachten es als eine unbedingte Notwendigkeit, jeden Klimbin in diesen Vereinen mitzumachen. Nur für ihre Organisation haben sie keine Zeit übrig. Auch meint es ein Teil der Vertrauensleute nicht so ernst mit den Organisationsbestrebungen. Manche halten es nicht einmal für notwendig, an sehr wichtigen Vertrauensmänner-Sitzungen teilzunehmen; das verdient hier besonders gerügt zu werden. Mögen nun alle, die es angeht, ehrlich und ernstlich über die gemachten Fehler nachdenken und in diesem Jahre gemeinschaftlich mit allen anderen Kollegen für die Vorwärtsentwicklung der Organisation eintreten. Die agitatorische und organisatorische Tätigkeit war folgende: Hausagitationen fanden vier statt, Mitgliederversammlungen 19, öffentliche zwei, Baustellenversammlungen zwei, Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzungen 12. Außerdem wurden drei Baukontrollen vorgenommen. Vorträge wurden 14 gehalten, und zwar 12 von Kollegen Heurich (Miltshausen), einer von Koll. Hausenbauer (Holzarbeiter), einer von Gewerkschaftssekretär Schmidt (Freiburg). Kollege Heurich wohnte noch sieben Sitzungen, zwei Baustellenversammlungen und drei Schlichtungskommissionssitzungen bei. Auch wurden durch Koll. Heurich mehrere Schriftsätze angefertigt, und dreimal vertrat er Kollegen vor dem Gewerbegericht mit Erfolg. Die Einnahmen und Ausgaben stellten sich wie folgt: Für die Zentrale wurden vereinnahmt 803,55 M. Die Ausgaben betragen u. a. für Krankenunterstützung 51,85 M. Die Lokalkasse vereinnahmte 349,79 M. Die Ausgaben betragen 274,93 M. Wenn nun die innere und äußere Entwicklung der Zahlstelle uns noch nicht befriedigen kann, so haben wir aber bei einer besseren Konjunktur noch gute Hoffnung, unsere Sache vorwärts zu bringen, wenn auch der momentane Ausblick in die nächste Zukunft noch nicht rosig erscheint. Was uns in Freiburg besonders nottut, sind tüchtige Kräfte an den einzelnen Orten. Es fehlt mancherorts an dem nötigen Schaffensdrang. Die Kollegen lassen sich zu leicht von den vorhandenen Schwierigkeiten entmutigen. Hoffentlich trägt das Vorgehen der Unternehmer dazu bei, die entmutigten Kollegen aufzurütteln und für unsere Sache zu begeistern. Nur durch Geschlossenheit und zähe Ausdauer vermögen wir im habiblen Oberland vorwärts zu kommen. Möge das allen Kollegen zum Bewußtsein kommen. In der am Sonntag, den 13. Februar, stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Brogle als erster, Bernh. Lang als zweiter Vorsitzender; Muri als erster, Birkhöfer als zweiter Kassierer; Erlacher als erster, Adolf Schmidt als zweiter Schriftführer; Rink (Gipfer) und Beder als Revisoren. Zu Kartellbelegierten wurden Muri, Brogle und Lang bestimmt.

Sohle (Oberchl.). Sonntag, den 13. Februar, tagte bei uns eine Versammlung, zu welcher alle Kollegen eingeladen und auch erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand: Gründung einer Zahlstelle. Die Versammlung wurde geleitet vom Kollegen Sigulla (Georgenwerf). Derselbe suchte den Kollegen klarzulegen, daß es von großem Nutzen sei, sich zusammenzuschließen, zwecks Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, auch stehen uns in diesem Jahre große Kämpfe im deutschen Baugewerbe bevor, und gerade hierbei ist es sehr notwendig, daß wir treu zusammenhalten. Es wurde dann gleich zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: Franz Kruppa als Vorsitzender, Franz Kawakch als Kassierer, Albert Kawakch als Schriftführer, Paul Beck als Revisor, Joseph Stroil und Johann Gnack als Vertrauensmänner. Sämtliche Gewählten versprachen, voll und ganz ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache zu stellen, damit es hier bei uns vorwärts geht. Mit einem Hoch auf das Waschen und Bedeihen der jungen Zahlstelle wurde die Versammlung geschlossen.

Greven. Am Sonntag, den 30. Januar, fand im Binninghoffischen Saale unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom letzten Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Kollege Beuse. Die Revisoren erklärten, Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Franz Klemann als 1. Vorsitzender, Kollege Heinrich Jarwid als 2., Kollege Bernhard Beuse als 1. Kassierer, Kollege Anton Jarwid als 2., Kollege Josef Austrup als 1. Schriftführer, Kollege Christoph Lambourg als 2., als Revisoren die Kollegen Baumscheiger und Stöckbrink, als Kartellbelegierte die Kollegen Jarwid, Schulte, Statmann und Austrup. Kollege Jarwid gab den Bericht von der letzten Kartellstützung.

Settlingen (Baden). Am 6. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle im „Gasthaus zur Krone“ ihre Generalversammlung ab, zu welcher Referent Rad aus Heidelberg erschienen war. Nachdem dieser die Kasse und die Bücher geprüft und alles in Richtigkeit befunden hatte, erstattete der Vorsitzende Kern den Jahresbericht. Den Kassenbericht gab Kollege Franz Schuermann, dem Entlastung erteilt wurde. Hierauf erfolgte die Wahl der Vorstandsmitglieder. Es wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt: Als 1. Vorsitzender Kollege Julius Kern, als 2. Koll. Ferdinand Dietrich jun., als Kassierer Koll. Franz Schuermann, als Schriftführer Koll. Johann Therswald, als Hauskassierer Koll. Adolf Kern, zu Revisoren die Kollegen Valentin Dietrich und Wilhelm Müller. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Kollege Rad hielt nun einen Vortrag über den Gewerkschaftskongress in Köln, welcher allgemeinen Beifall fand. Alsdann schilderte uns der Redner den Arbeitsnachweis der Unternehmer in Mannheim-Ludwig-

hafen und den Druck, den die Arbeitgeber durch denselben ausübten. Mancher Kollege und Familienvater wurde dadurch längere Zeit arbeitslos. Das Ziel der Arbeitgeber ist, überall einseitige Arbeitsnachweise einzuführen. Hierauf ermahnte unser Herr Referent Baumbuch, welcher der Versammlung beizuhöhen, die Kollegen zum festen Zusammenhalten. Alle Kollegen müssen zum Eintritt gewonnen werden, damit man geschlossen diesem Druck der Arbeitgeber entgegenzutreten kann. Bei der Diskussion wurden verschiedene Wünsche der Kollegen erörtert und um Abhilfe gebeten.

Oberrhein. Die am 25. Januar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Die Einnahme betrug inkl. Ueberfluß von 1908: 186,55 M., der eine Ausgabe von 104,94 M. gegenüberstand; mithin blieb ein Lokalkassenbestand von 81,61 M. Alsdann ging man zur Vorstandswahl über, in welcher der seitiger Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wiedergewählt wurden. Als Revisoren wurden die Kollegen H. Busmann und Jos. Hungermann, als Kartellbelegierte die Kollegen Th. Wupmann, Sieber, Dirkes und Jos. Hungermann einstimmig gewählt. Bezirksleiter Müller referierte alsdann über die „Durchschnittslöhne“ der Arbeiter, sowie über den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber.

Södingen. Am Sonntag, den 20. Februar, fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vorstandswahl. 2. Vortrag über die Lohnbewegung im Baugewerbe und welche Lehren ziehen wir daraus. 3. Innerer Ausbau. 4. Verschiedenes. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt: Als 1. Vorsitzender Koll. Herm. Salmon, als 2. Vorsitzender Koll. Biermann, als Kassierer Koll. Dietrich Kuhlmann, als Schriftführer Koll. Heint. Antray, zu Revisoren die Kollegen Heint. Salmon und Heint. Biermann. Als Vertreter der „Baugewerkschaft“ meldete sich freiwillig Koll. Herm. Salmon, welcher für seine Bemühungen 4 Prozent der Gesamteinnahme erhält. Weisheit (Wiesfeld) referierte nun über das angeländigte Thema. Derselbe verstand es, in eingehender Weise die augenblickliche Lage im Baugewerbe klar darzustellen. Hauptächlich der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber wurde hierbei scharf unter die Lupe genommen, denn es sei der gesamten deutschen Bauarbeiterchaft unüberwindlich, diese dem einseitigen Arbeitsnachweis der Arbeitgeber ihre Zustimmung geben. Zu Punkt 3 wurden von mehreren Kollegen Vorschläge gemacht, welche es ermöglichen, daß die Kollegen immer mehr Interesse an unserer Sache gewinnen. Zuletzt sprach noch Koll. Weisheit einige heberzigen Worte an die Anwesenden, daß sie trotz aller Machinationen von verschiedenen Seiten trenn und fest zu unserer guten Sache halten sollten, denn die Zeiten erfordern dieses. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Neuen-Groß-Wartenberg-Schildberg. Am 6. Februar hielt die Verwaltungsstelle Groß-Wartenberg eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher der bisherige Vorsitzende, Koll. Wolf, über die Zentralisation und ihre Erfolge, sowie über die letzte Vorstandssitzung Bericht erstattete. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Als 1. Vorsitzender Koll. Paul Liebba (Nunmerau), als 2. Vorsitzender Koll. Ludwig Wittel (Groß-Wartenberg), als 1. Kassierer Koll. Hermann Wolf (Groß-Wartenberg), als 2. Kassierer Koll. Paul Jeger (Groß-Wartenberg), als 1. Schriftführer Koll. August Nambroth (Groß-Wartenberg), als 2. Schriftführer Koll. Ignaz Sawoll (Nunmerau). Nach beendeter Wahl ermahnte Koll. Wolf nochmals die gewählten Kollegen, ihren Posten gewissenhaft auszufüllen, dann wird auch in Groß-Wartenberg ein anderer Schwung in die Gewerkschaft hineinkommen.

Kruschwitz. Unsere Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Den Jahresbericht erstattete Koll. Elloff. Es wurden im Laufe des Jahres insgesamt 723,19 M. vereinnahmt. Für Krankenunterstützung wurden veranlagt 35,80 M. Mithin abgegeben an die Verwaltungsstelle nach Hohenalza 687,39 M. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse betrug 317,70 M., die Ausgaben 180,50 M. Mithin verbleibt ein Lokalkassenbestand für das 1. Quartal 1910 von 137,20 M. Mitgliederbestand am Anfang des Jahres 1909 war 29, am Schluß 54; davon 45 Maurer und 9 Zimmerer. Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 23, zugereist sind 9, abgereist 15, ausgeschieden 1, zum Militär eingezogen 1. Aus der Wahl für den Vorstand gingen folgende Kollegen hervor: August Richter als erster, Andreas Wyltrach als zweiter Vorsitzender; Martin Kaminski als erster, Franz Kolber als zweiter Schriftführer; Adolf Elloff als erster, Szejevan Skonieernh als zweiter Kassierer; Johann Klomp und Ernst Klante als Revisoren. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, es sich zur Ehre anzurechnen, für den Verband zu arbeiten. Nachdem der Punkt „Verschiedenes“ seine Erledigung gefunden hatte, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Generalversammlung.

Lengerich i. B. Unsere am 6. Februar stattgefundene Jahresversammlung war, trotz besonderer Einladung, nur schwach besucht. Ein großer Teil der Lengericher Bauarbeiter scheint der ersten Situation im Baugewerbe wenig Beachtung zu schenken; anders kann man die Anzahl der Kollegen nicht verstehen. Wüßten sie die Vorteile, welche sie während ihrer ersten kurzen Mitgliedsdauer der Organisation zu verdanken haben zu schätzen, so sähe das Organisationsleben anders aus. Gibt es doch eine ganze Anzahl von Kollegen in Lengerich, die im verfloßenen Jahre keine Versammlung besucht und sich auch sonst um ihren Verband nicht gekümmert haben. Nur ein Drittel der Mitglieder — es waren fast immer dieselben — hat im verfloßenen Jahre regelmäßig die Versammlungen besucht. Unser Bezirksleiter, Kollege Müller aus Münster, wie auch Kollege Willmann aus Osnaabrück, stellten das interesselose Benehmen so vieler Lengericher Bauarbeiter in das richtige Licht und wiesen auf die Schäden hin, welche der Arbeiterschaft dadurch erwachsen müßten. Wer aber nicht hören wolle, der müsse zunächst mal fühlen, um zur Vernunft gebracht zu werden. Die Lengericher seien doch wahrlich nicht so dumm, daß sie keiner Aufbebung mehr bedürften. Sollte aber der bevorstehende Tarifabschluß Verbesserungen bringen, dann müsse Einigkeit unter den Kollegen herrschen; die lauen Kollegen müßten aufgeweckt, und die noch fernstehenden müßten der Organisation zugeführt werden. Die anwesenden Kollegen versprachen, trenn zum Verbands zu halten und eifrig mitzuarbeiten. — Aus dem Kassenbericht sei hier nur folgendes hervorgehoben: Im Jahre 1909 betrug die Einnahme 427,30 M., die Ausgabe 420,48 M., bleibt ein Bestand der Lokalkasse von 6,82 M. In Krankenunterstützung wurden 29,70 Mark gezahlt. Im Beitragsablauf muß in Zukunft mehr Pünktlichkeit beobachtet werden. In den Vorstand wurden gewählt: G. Brechm als erster und J. Beder als zweiter Vorsitzender; Aug. Driemeyer als Kassierer; W. Strudmeyer als erster und W. Rabeberg als zweiter Schriftführer; zu Revisoren wurden die Kollegen Loy und G. Driemeyer gewählt.

Centrahauen, 15. Februar. Beim Rückblick auf das abgelaufene Jahr fanden wir, daß die Krise im Baugewerbe bei uns noch tiefe Wunden geschlagen hatte. War gegen den Herbst hin die Konjunktur eine leidliche zu nennen, so war im Frühjahr und Sommer dieselbe sehr schlecht. Fast ein Drittel der Kollegen mußte anderweitig Beschäftigung suchen. Diese Geschäftsflaute wirkte auch lähmend auf die Organisation und Geschäftslage. Fast die ganze Kollegenchaft ließ den Mund finsten, keiner war bestrebt, neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen, ja, oft fand man das entgegengesetzte vor. Daburch wurde selbstverständlich dem Vorstand seine Tätigkeit wesentlich unterbunden und verleidet. Die Geschäftsführung litt unter

der Pflichtvergessenheit der Mitglieder stark, keine Abrechnung konnte zur Zeit fertiggestellt werden, was wieder störend bis an die Zentrale wirken muß. Ihre Rechte kennen die Mitglieder merklich besser, als ihre Pflichten. Ein Zustand, der eines christlichen Kollegen unwert ist. Unter solchen Umständen ist's kein Wunder, wenn anstatt des Fortschritts Rückschritte gemacht werden. Von etwa 80 Mauern, die hier wohnen, sind ganze 28 organisiert; hiervon 16 bei uns; wirklich ein Bild für die Unternehmern und deren Vertragsmuster. An Beitragsmarken wurden insgesamt verkauft 696 zu 40, 45 und 50 Pf., 8 Arbeitslosensmarken, dazu noch 68 Sozialfondsmarken und 6 Krankenmarken. An Geld wurde vereinnahmt 320,45 M, dazu noch 100 M von einem Gartenfest, also 420,45 M. An die Verwaltungsstelle wurden abgeliefert 248,58 M, an Krankengeld in zwei Fällen 17,40 M und Anteil der Sozialkasse 54,47 M. Hinz. 104,47 M. Ausgaben hatte die Sozialkasse 125,73 M. Somit bleibt ein Bestand von 28,24 M. Mitglieder waren am Anfang dieses Jahres 18 vorhanden, davon mußte eins zum Militär, das andere wurde wegen Mißstand gestrichen. — Wesentlich besser könnte unsere Zahlstelle abgeschnitten haben, wenn jeder Kollege seine Pflicht nur halb erfüllt hätte. Anstatt die acht Versammlungen, die im Laufe des Jahres abgehalten wurden, zu besuchen, zogen es viele vor zu schwänzen, um jedoch hinterher zu stänkern. Lautheit, Gleichgültigkeit und Verhättseln der Snobisten war an der Tagesordnung. Ja nicht einmal ein Hausfasserer war in 2. zu bekommen für das Jahr, so daß nun Kollege Th. Bonjet von Großsachsen freiwillig dieses Amt angenommen hat — trotz Familie. Mögen die Kollegen ihm sein Amt nicht verleidern, sondern mögen sie sich ihrer Pflichten aufs neue bestimmen und Taten zeigen vor der — Aussperrung.

Meppen. Am Sonntag, den 30. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Den Jahresbericht erstattete Kollege Thiers. Die Mitgliederbewegung stellt sich wie folgt: Bestand von 1908: 17 Mitglieder, aufgenommen und zugereist sind 26 Mitglieder, abgereist, ausgeschieden und sonst abgegangen 11, bleibt Bestand für 1910 32 Mitglieder. Versammlungen haben stattgefunden: 20 Mitglieder-, 1 General- und 3 außerordentliche Versammlungen, in welchen die Kollegen Müller, Artmann und Häuschen anwesend waren. Die Einnahme betrug 408 M. An Krankenunterstützung wurde in zwei Fällen 19,35 M. ausbezahlt. In der Vorstandswahl wurden als erster Vorsitzender Kollege Johann Witte, als zweiter Kollege Bernhard Sievers gewählt; als erster Kassierer Bernhard Thiers, als zweiter Friedrich Potthoff I.; als erster Schriftführer Anton Weiterhaus, als zweiter Gerhard Abel; zu Revisoren wurden die Kollegen Johann Sievers und Heinrich Witte gewählt; als Hausfasserer der Kollege Gerhard Pieper. Zum Bibliothekar wurde der Kollege Wilhelm Kofe bestimmt. Leider ist es zu beklagen, daß die hiesigen Kollegen nicht viel Interesse der Organisation gegenüber zeigen, da die Zahlstelle doch bereits schon seit 1905 am Orte besteht und der Versammlungsbesuch im verfloßenen Jahre als sehr schlecht zu bezeichnen ist. Kollegen! Der alte Schlandrian muß aufhören, denn nur durch die Organisation und Einigkeit können wir zum Ziel. Unsere Aufgabe muß sein, die Unorganisierten aufzuklären und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen.

München. Am Sonntag, den 20. Februar, fand unsere öffentliche Generalversammlung statt. Kollege Babinger begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und gab die Tagesordnung bekannt: 1. Punkt: Rechenschaftsbericht des Vorstandes, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl der Vorstandschafft, 4. Verschiedenes. Aus dem Bericht des ersten Vorsitzenden ging hervor, daß in der zweiten Hälfte des Jahres die Bautätigkeit eine sehr lebhaft war. An allen Ecken und Enden unserer Stadt machte sich eine rege Bautätigkeit bemerkbar, was zur Folge hatte, daß auch von auswärtig eine große Zahl Bauarbeiter zureiste, von denen auch mehrere unserer Zahlstelle zugeführt werden konnten. Versammlungen wurden 14 im Jahre abgehalten, 12 Monats- und zwei außerordentliche Versammlungen, ebenso 12 Vorstandshy. Vertrauensmänner-Sitzungen. Dieselben waren im allgemeinen gut besucht. Nach dem Bericht des Kassierers war eine Einnahme von 3251,65 M zu verzeichnen. Für erkrankte Mitglieder wurden 450,45 M und an Steuergebühren 137 M. ausbezahlt. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Kasse befunden hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen: Ulrich Girich (Maurer) als erster, Josef Lang (Bauhilfsarbeiter) als zweiter Vorsitzender; Anton Pangerl (M.) als erster, Anton Reumeyer (M.) als zweiter Kassierer; Wolfgang Bauer als erster, Ludwig Paßer als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Johann Babinger und Johann Loos (beide Zimmerer) gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und gaben das Versprechen, unermüdet zu arbeiten an dem Ausbau und der Stärkung unserer Organisation zum Nutzen und Vorteil aller Mitglieder. Nachdem noch Kartellvorsitzender Käpfer einige Worte an die Kollegen gerichtet hatte, schloß Vorsitzender die schon verlaufene Generalversammlung.

Hünberg. Bei der Tiefbaufirma Dyderhoff und Wiedmann arbeitet der Bauarbeiter L. Derfelbe war Mitglied des katholischen Arbeitervereins und schon einige Jahre auch beim sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverband organisiert. Als auf der diesjährigen Generalversammlung der hiesigen Bauhilfsarbeiter beschlossen wurde, dem Freidenkerverein 20 M. aus der Sozialkasse zur Agitation gegen das „volksverderbliche Pfaffenrum“ zu bewilligen, nahm betreffender Kollege Anstoß und trat zu unserem Verbande über. Dieses „Verbrechen“ konnte man „freierleis“ nicht ungestraft lassen, wollte man nicht dem sozialdemokratischen „Freiheitsprinzip“ eine Blöße geben. Am Freitag, dem 18. Februar, bei der Frühstückspause, hielten nun die Genossen Kriegler, was mit diesem „Verbrecher“ zu tun sei. Nach reiflicher „Überlegung“ war man einig, der Kerl ist nicht wert bei uns Mitglied zu sein, der muß aus der Arbeitsstelle hinaus, sonst wird die Arbeit niedergelegt. Einige radikale Genossen verlangten, daß gleich alle Christlichen entlassen werden, worauf die „erprobten Führer“ erwiderten: „Wir wollen erst den einen nehmen, später kommen die anderen dran.“ Nach der Frühstückspause hielten die Genossen an den Betriebsleiter das Verlangen, den Genossen sofort zu entlassen. Dies wurde verweigert und nun legten 220 Mann die Arbeit nieder. Als unser Bezirksleiter, welchem wir diesen Fall mitteilen zur Baustelle kam, war auch der inzwischen von uns verhängte Beamte der „freien“ Bauhilfsarbeiter schon anwesend. In diesem unserer Bezirksleiters mußte der rote Sozialbeamte seinen Getreuen sagen, daß sie eine große Dummheit gemacht hätten, jetzt vor der kritischen Bewegung etwas derartiges zu machen, man solle doch erst die Lohnbewegung vorübergehen lassen, später, na — — und sie mußten die Arbeit wieder aufnehmen. Auf Veranlassung der Firma konnten die Genossen aber erst am Samstag früh wieder die Arbeit aufnehmen, denn man wollte ihnen Zeit geben, noch am Freitag nachmittag über ihre Dummheit nachzudenken. Wir aber wünschden den Genossen noch recht viele solcher „Erfolge“, vielsicht werden sie mit der Zeit einsehen, daß sie mit derartigen Gewalttaten nur die Arbeiterkraft schwächen und dem Unternehmer die Karten in die Hände spielen.

Overhausen. Am Samstag, den 12. Februar, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Nachdem der zweite Vorsitzende, Kollege Jeschke, die Versammlung eröffnete sowie die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, erteilte er dem Kollegen Richter das Wort zur Jahresabrechnung der Zahlstelle. Vereinnahmt wurden 3007,05 M. Die Ausgabe der Zahlstelle betrug 664 M. An die Verwaltungsstelle wurden gesandt 2943,05 M. Danach erstattete Kollege Jeschke den Verwaltungsstellenbericht.

Alle Anwesenden erklärten sich mit seinen Ausführungen einverstanden. Nachdem der Defizent des Abends, Kollege Richter, in seinem einstündigen Referate die Stellungnahme unserer Organisation zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen geschildert und den Kollegen den Ernst der Zeit vor Augen geführt hatte, trat man in die Diskussion ein. Selbstige war eine rege. Der zweite Vorsitzende sowie der Kollege Gottschalk sprachen sich im Sinne des Defizenten aus. Sämtliche anwesenden Kollegen versprachen, in der Zukunft recht pflichttreu und tätig zu sein. Nachdem unter Beschließenem einige interne Angelegenheiten der Zahlstelle besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Schleiz. Die Monatsversammlung der hiesigen Zahlstelle am Sonntag, den 13. Februar, im „Grünen Baum“ war ziemlich gut besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde über die Tariffrage gesprochen. Ein näherer Beschluß hierüber wird in nächster Zeit gefaßt werden. Der Vorsitzende sowie verschiedene andere Kollegen forderten zu eifriger Tätigkeit auf, in der bestimmten Hoffnung, daß es jetzt wieder vorwärts gehe. Die Jahreshauptversammlung findet in den nächsten Wochen statt.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Eine ungeheuerliche Spareinrichtung. Die Gerresheimer Glasputzwerke bei Düsseldorf teilten im Februar 1909 ihren Arbeitern mit, daß sie gezwungen seien, die Löhne zu reduzieren. Der Betrag des gekürzten Lohnes solle jedoch einer Spareinrichtung zugeführt werden, und bei Krankheiten, eintretender Invalvidität, einer gewissen Altersgrenze oder beim Todesfall an die Hinterbliebenen ausbezahlt werden. Unter den gleichen Bestimmungen sollten den aus dem Betrieb der Firma Ausgetretenen die eingehaltenen Gelder ausbezahlt werden, ehe ein Rückzahlungstermin eingetreten sei. Wer damit nicht einverstanden sei, solle seine Kündigung bis zum 12. März einreichen. Ein Glasmacher B., der im Dienste der Firma blieb und auch jetzt noch steht, forderte im vergangenen Herbst seine Spareinlage von 110 M. zurück. Als ihm das verweigert wurde, klagte er beim Gewerbegericht zu Düsseldorf. Dieses wies ihn durch Urteil vom 22. Oktober 1909 ab. In der Begründung des Urteils heißt es:

„Für die Frage, ob die von der Firma vorgenommene Lohnreduzierung rechtmäßig sei, sei festzustellen gewesen, ob die Spareinrichtung zu den Wohlfahrts-Einrichtungen des § 117 der Gewerbeordnung gehöre. Diese Frage sei zu bejahen. Abgesehen davon, daß die Arbeiter der Firma, unter ihnen auch der Kläger, ihr Einverständnis mit dem Untreue dadurch bekundet hätten, daß sie bis zum 12. März ihr Arbeitsverhältnis nicht kündigten, gehe aus der Bestimmung, wonach die Spareinrichtung an Stelle einer sonst notwendigen Lohnermäßigung treten solle, und der weiteren Bestimmung, wonach dem Kontoinhaber der erworbene Anteil nebst Zinsen bleibe, auch dann, wenn er sein Arbeitsverhältnis vor Eintritt eines Rückzahlungstermins aufgebe, klar und deutlich hervor, daß die Firma nicht eine Lohnkürzung vornehmen wollte, die zu ihrem Vorteil gewesen wäre, daß sie vielmehr, um einer durch die Verhältnisse gebotenen Lohnkürzung vorzubeugen, die Spareinrichtung und damit eine Wohlfahrts-Einrichtung für die Arbeitnehmer geschaffen habe. In der Literatur gingen die Meinungen nur insoweit auseinander, als es sich um Bewertung von Kassen handelte, die eingezahlte Beträge nicht zurückerstatten, wenn ein Arbeiter sein Arbeitsverhältnis aufgibt, bevor ein zur Rückzahlung vertragsmäßig bestimmter Termin eingetreten sei. Aber selbst diese Kassen-Einrichtungen seien nach der bestehenden Rechtsprechung als Wohlfahrts-Einrichtungen anzusehen. Es unterliege daher keinem Zweifel, daß die von der Firma in Verbindung mit ihrem Arbeiterausfluß geschaffene Spareinrichtung zu den Wohlfahrts-Einrichtungen des § 117 der Gewerbeordnung gehöre.“

Da die Klagesumme über 100 M. betrug, legte B. beim Landgericht Berufung ein. Die 6. Zivilkammer des Landgerichts Düsseldorf hob am 24. Januar d. J. das Urteil des Gewerbegerichts auf und verurteilte die Firma, dem Kläger 110 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. In der Begründung wird gesagt:

„Nach § 117 der Gewerbeordnung seien Verträge über die Verwendung des Arbeitsverdienstes zu einem andern Zweck als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und ihrer Familien nichtig. Es sei zunächst zu prüfen, ob in der Urkunde vom 9. Februar 1909 eine Verwendung von Arbeitsverdienst vorzusehen sei. Das sei zu bejahen; denn die ermäßigten Löhne sollten ausdrücklich keinen Lohnausfall in sich schließen, und die Spareinrichtung sollte an Stelle einer durch die Verhältnisse sonst notwendigen Lohnermäßigung treten. Die Bedingungen, unter denen die Auszahlung der gesammelten Beträge erfolgen soll, sowie die Höhe seien dann festgelegt worden. Danach sei also an Stelle des Barlohns ein bedingtes Forderungszrecht hinsichtlich eines Teiles dieses Lohnes gesetzt worden. Dieses stelle ebenso wie der Barlohn einen Teil des Arbeitsverdienstes dar. Daß die Einräumung dieses Forderungszrechts eine sonst notwendige Lohnermäßigung ausschließen sollte, sei zwar hervorgehoben worden, aber für die rechtliche Beurteilung des Forderungszrechts als Teiles des Arbeitsverdienstes unbeachtlich. Die Erwähnung enthalte nur den Beweggrund, warum anstatt durch Barzahlung die Entlohnung zum Teil in der gewählten Form erfolgen solle. Die Frage, ob die Verwendung dieses Arbeitsverdienstes als Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familie anzusehen sei, sei zu verneinen. Entscheidend hierfür sei die Bestimmung, daß die sämtlichen Zahlungen an die Kontoinhaber nur bis zur Erschöpfung ihres erworbenen Anteils einschließlich der Zinsen erfolgen sollte. Damit sei jeder andere Vorteil als der, der aus freiwilligem Sparen erwachsen würde, ausgeschlossen. Dagegen seien erhebliche Nachteile für den Arbeiter vorhanden, die er bei frei geübter Spareinlage nicht haben würde. Vor allem folge dies aus der Bestimmung, daß bei Aufgabe der Arbeit die Auszahlung des erworbenen Anteils erst bei zurückgelegtem 50. Lebensjahr zur Hälfte und erst bei 55 Lebensjahren zur andern Hälfte, sonst nur im Todesfälle an die Erben erfolge. Es kämen als weitere Nachteile der späte Verzinsungsbeginn, erst am Anfang des neuen Geschäftsjahres, die Unmöglichkeit, eine bessere Verzinsungsmöglichkeit auszunutzen, hinzu. Es sei bei dieser Sachlage nicht zu verkennen, daß der Hauptvorteil dieser Einrichtung auf Seiten der Beklagten sei, die durch den Ausschluß der Verfügungsberechtigung der Arbeiter über ihr Guthaben im Falle eines Austritts bis zum 55. Jahre die Arbeiterkraft zu einem Unterlassen der Kündigung dort beeinflusse, wo sie ohne diese Bestimmung ausgesprochen worden wäre. Denn der Austritt aus einem Arbeitsverhältnis sei immer mit einem wirtschaftlichen Nachteil für den Arbeiter verknüpft, da ihm die Verfügung über seine Ersparnisse fehle. Erwäge man, daß das Gesetz die Beteiligung an Wohlfahrts-Einrichtungen als Ausnahme von einem Verbot gestatte, daß darum ihre Gestaltung nicht ausdehnend auszulegen sei, so müsse hier, wo die Vorteile der Einrichtung für die Beklagte überwiegen, eine solche in der Verwendung des Arbeitsverdienstes verneint werden.“

Das ist wenigstens ein vernünftiges Urteil. Zudem wäre die Absicht der Firma nur zu durchsichtig. Während sie einerseits erklärt, die alten Löhne nicht mehr zahlen zu können, tut sie das aber in Wirklichkeit doch, nur werden sie eine „Spareinrichtung“ zugeführt. In Deutschland ein billiges Ansehensinstitut. Nunmehr hat die Firma die „Spartasse“ auf gelöst und die nichtgezählten Löhne den Arbeitern ausbezahlt.

Gerichtliches.

Neustadt i. W. Am 17. Febr. saßen die Zimmergesellen Fischer, Niehe u. Paß aus N. auf der Anklagebank. Es sind bekanntlich diejenigen, welche im Vorstande der Zahlstelle christlicher Zimmerer waren und deshalb in den roten Verband übertraten, weil der aussichtslos geführte 24wöchige Streik vom Bezirksleiter abgebrochen wurde. Dieselben haben 148 M. an Geld und Markenwert unterschlagen und erhielten jeder 20 M. Geldstrafe eventuell 4 Tage Gefängnis. Der „freie“ Zimmererverband kann wirklich auf solche Mitglieder stolz sein.

Von den Arbeitsstellen.

Düsseldorf. Bei der Firma G. Eßmann stürzten am Donnerstag, den 17. Februar, am Neubau in der Wechstraße der Polier und ein Maurer drei Stock tief und erlitten zum Teil äußere und innerliche Verletzungen. Die beiden hatten im Fenster der zweiten Etage Gerüst gebaut, um den oberen Fensteranschlag zu verändern. Das Gerüst gab nach und der Polier nebst dem Maurer stürzten zum Fenster hinaus in den Hof. Auf welche Weise das Gerüst zusammengestürzt ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Bedauerlich ist, daß die Verunglückten von vormittags 11 1/2 Uhr bis nachmittags 3 Uhr in der Waubode liegen mußten, ehe sie in ärztliche Obhut gebracht wurden. Wie uns mitgeteilt wurde, soll die Firma sofort benachrichtigt worden sein. Es soll auch kurz nach 12 Uhr vom Bureau jemand dagewesen sein. Warum nun die Fortschaffung so lange verzögert wurde, ist uns unverständlich. Den Polier Schiffer, welcher angeblich nur äußerlich verletzt ist, brachte man nach seinem Wohnort Capellen. Der Maurer Gottenroth verlangte zwar nach seiner Wohnung, mußte aber, da sich in der Nacht große Schmerzen einstellten, am andern Morgen ins Marienhospital gebracht werden. Sein Zustand ist bedenklicher Natur. Beide sind verheiratet.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 54 495, lautend auf Josef Großhilminghaus der Zahlstelle Aachen (Maurer); die Buch-Nr. 169 736, lautend auf Wilh. Schwioren, und die Buch-Nr. 185 831, lautend auf Joh. Heint. Fests von der Zahlstelle Eschweiler.

Verwaltungsstelle Aachen.

Um die geschäftlichen Arbeiten in Zukunft besser erledigen zu können, wird den Kollegen zur Kenntnis gegeben, daß das Bureau von jetzt ab nur geöffnet ist: Montags, Freitags und Samstags in der Mittagsstunde und abends von 5—8 Uhr. Um Einhaltung dieser Sprechstunden wird freundlichst und dringend gebeten.

Die sämtlichen Zahlstellenvorstände und Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher einzuziehen und auf dem Bureau abzuliefern. Diejenigen Zahlstellen, welche es im Monat Januar schon gemacht haben, brauchen es nicht. Sämtliche Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Abgabe ihres Buches in ihrem eigenen Interesse liegt, und dieses unbedingt sofort geschehen muß. Die Einlieferung soll durch die Vertrauensleute geschehen.

Die Zahlstellenkassierer werden hiermit dringend ersucht, in Zukunft ihre Mitgliedsverzeichnisse besser zu führen, indem die geklebten Beiträge stets eingetragen werden. Wer sich vor Unannehmlichkeiten bewahren will, der beachte dieses. Für eine bessere Buchführung wolle man überall besorgt sein.

Der Vorstand: I. A. Joh. Bücher.

Achtung! Münster i. W.

Wir machen die Kollegen der Zahlstellen der Maurer, Zimmerer, Stukkateure und Bauhilfsarbeiter darauf aufmerksam, daß seit dem 1. März d. J. die einheitliche Verwaltung besteht. Sämtliche Auskünfte und Mitteilungen in Verbandsangelegenheiten, sowie An- und Abmeldungen sind an Wochentagen von morgens 8 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 8 Uhr auf dem Bureau, Begegnende 7. 1. Etage, zu erledigen, Sonntags und Feiertags von morgens 11 bis 1 Uhr im Versammlungslokal, Ludgeristraße 5.

Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle, Hubert Schürbesmann, wohnt Habichstraße 6.
Der Vorstand der Verwaltungsstelle, J. A. Karl Knope.

Sterbetafel.

Am 19. Februar starb unser treues Mitglied Felix Baech im Alter von 19 Jahren infolge Herzschlag in der Badeanstalt. Zahlstelle Berlin (Maurer).
Am 23. Februar starb der Kollege Johann Broke im Alter von 47 Jahren an Lungentrantheit. Zahlstelle Caternberg (Verwaltungsstelle Essen).
Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Verwaltungsstelle Fulda.

Am 13. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in der „Harmonie“ in Fulda unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Festlegung eines Verwaltungsstellenstatutes. Alle Kollegen werden dringend dazu eingeladen. (Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.) Anträge sind bis zum 11. März an Unterzeichneten einzuwenden. (2,95)
Der Vorstand: J. A. Peter Stahl, Pfandhausstr. 17.

Junger Bautechniker.

der Buchführung mächtig, findet bei besch. Ansprüchen Stellung in einem Baugeschäft. Gest. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Lebenslauf unter C. E. 100 an die Expedition dieses Blattes. (2,15)